

Wandel der Sprach- und Debattenkultur

Wandel der Sprach- und Debattenkultur
Verbindlichkeit – Artikulation – Meinung

Christian Bermes

Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019, Berlin

Ansprechpartner:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Thomas Köhler

Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung
Hauptabteilung Politik und Beratung
T: +49 30 / 26 996-3550
thomas.koehler@kas.de

Sabine Stoye

Projektkoordinatorin Wandel der Sprach- und Debattenkultur
Hauptabteilung Politik und Beratung
T: +49 30 / 26 996-3517
sabine.stoye@kas.de

Daphne Wolter

Koordinatorin Medienpolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
T: +49 30 / 26 996-3607
daphne.wolter@kas.de

Gestaltung und Satz: yellow too Pasiek Horntrich GbR
Die Printausgabe wurde bei der Druckerei copy print Kopie & Druck GmbH,
Berlin gedruckt.
Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-95721-539-0

Wandel der Sprach- und Debattenkultur

Verbindlichkeit - Artikulation - Meinung

Christian Bermes

Überblick

In der politischen und öffentlichen Diskussion wird in den letzten Jahren vermehrt kritisch auf Schmähungen, Beschimpfungen und Beleidigungen hingewiesen, die als Ausdruck einer riskanten oder toxischen Rhetorik angesehen werden. Der damit einhergehende Wandel der Sprach- und Debattenkultur wird in der Öffentlichkeit häufig unter den Schlagworten „Verrohung“ oder „Radikalisierung“ gefasst. Mit diesen Ausdrücken werden Erfahrungen von Defiziten in der gesellschaftlichen sowie politischen Kommunikation zum Ausdruck gebracht. Die entfachte Kontroverse ist motiviert durch Invektiven, die in den digitalen Medien und populistischen Tendenzen der zeitgenössischen Politik zum Ausdruck kommen und den Bereich der gesellschaftlichen Selbstverständigung insgesamt betreffen. Die Diagnosen und Stellungnahmen werden in einem Überblick zusammengestellt und die Komplexität des Problemfelds strukturiert, indem die Befunde zum Wandel der Sprach- und Debattenkultur mit Blick auf die Aspekte *Sprache und Verbindlichkeit*, *Kultur und Artikulation* sowie *Orientierung und Meinung* thematisiert werden. Vor diesem Hintergrund lässt sich ebenso ein vertieftes Verständnis des diagnostizierten Wandels erzielen. Denn die aktuellen Problemdiagnosen, die die öffentliche und politische Sprache betreffen, machen auf eine *Krisis der Repräsentation* aufmerksam. Von einer Krise der Repräsentation kann gesprochen werden, wenn die Momente der Stellvertretung und der symbolischen Vermittlung, die beide die Repräsentation auszeichnen, auseinandertreten. Dies hat Konsequenzen für die Funktion der öffentlichen Sprache und die Rolle der Stellvertretung und damit für die Verfassung einer liberalen demokratischen Ordnung.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
1.1 Problemaufriss und Systematik	5
1.2 Zeitdiagnosen und Forschungsverbünde	7
a. Politische und gesellschaftliche Zeitdiagnosen	7
b. Auswahl von Forschungsverbänden zum Themengebiet	10
2. Problemfelder und Perspektiven	15
2.1 Sprache und Verbindlichkeit	15
Zwischenfazit	19
2.2 Kultur und Artikulation	19
Zwischenfazit	24
2.3 Orientierung und Meinung	24
Zwischenfazit	28
2.4 Krisis der Repräsentation	29
Zwischenfazit	31
3. Perspektiven und Zusammenfassung	35
3.1 Sprache und Verbindlichkeit	36
3.2 Kultur und Artikulation	36
3.3 Orientierung und Meinung	37
3.4 Krisis der Repräsentation	37
Bibliographie	39

1. Einleitung

1. Einleitung

1.1 Problemaufriss und Systematik

Die Gesellschaft reagiert sensibel auf Veränderungen des öffentlichen Sprachgebrauchs. Unter dem Topos einer *Verrohung der Sprache* meldeten sich im Jahr 2018 vermehrt Schriftsteller, Politiker und Verbände zu Wort, um auf einen Wandel aufmerksam zu machen, der neuerdings zu beobachten sei. Anlässe dafür bieten die Kontroversen um populistische Tendenzen in der Politik sowie Entwicklungen, die in den sogenannten sozialen Medien zu beobachten sind. Getrieben wird die Diskussion durch u. a. die Auseinandersetzung mit *Fake News*, *Verschwörungstheorien*, *Filter-*, oder *Informationsblasen* sowie *Alternativen Fakten* und *Hate Speech*, also dem Umgang mit Schmähungen, Beleidigungen sowie Beschimpfungen, die im Zuge der politischen Verständigung um die Einwanderungs- und Zuzugsproblematik – aber nicht nur in diesem Rahmen – eine besondere Brisanz erhalten haben.

Im Kontext dieser Stellungnahmen wird zugleich darauf hingewiesen, dass die Auseinandersetzung im öffentlichen Raum *rauer* geworden sei und sich in einer veränderten Debattenkultur niederschläge. Die Sprache habe sich *radikalisiert*, *Grenzen der Sprache* würden überschritten, *verschoben* oder *ausgetestet*. Von solchen Tendenzen bleibe die politische Auseinandersetzung nicht verschont – im Gegenteil: Die Form der politischen Debatte und die Sprache der politischen Auseinandersetzung werden als gefährdet und prekär wahrgenommen.

Unabhängig davon, dass der Sprachgebrauch in historischer Perspektive immer durch Wandlungen ausgezeichnet ist und auch die sprachliche und institutionelle Formierung von Debatten im Laufe der Geschichte eine hohe Plastizität besitzt, lassen sich die Stellungnahmen gleichsam als seismographische Ausschläge verstehen, durch die zwar (noch) keine Erschütterungen und Beben, aber manifeste Irritationen und Verunsicherungen

registriert werden. Ziel der öffentlichen und politischen Verständigung muss es daher sein, diesen Befunden Rechnung zu tragen und sie in der Form zu kontextualisieren, zu strukturieren und aufzuarbeiten, dass Perspektiven für eine nachhaltige öffentliche und wissenschaftliche Diskussion daraus entstehen.

Wenn auch zu beobachten ist, dass der Wandel der Sprach- und Debattenkultur zumindest teilweise unter dem Schlagwort der „Verrohung“ geführt wird, so ist eine solche begriffliche Fixierung zwar kommunikativ hoch anschlussfähig, weil Zustimmung und Kritik reflexartig provoziert werden, sie ist jedoch analytisch unterbestimmt. Denn es stellt sich nicht nur die Frage, an welchem Maßstab eine „Verrohung“ (und ihr Gegenteil) zu messen ist. Sondern der Begriff mit den Konnotationen des Verfalls und des Verlusts evoziert auch normative (Untergangs-)Bilder, die unter Umständen und ungewollt entweder wohlfeile Zustimmung oder problematischen Widerspruch hervorrufen.

Die begriffliche Unschärfe, die in dem Konzept der „Verrohung“ liegt, kann nicht bestritten werden; gleichzeitig aber lassen sich Motive, Gründe und Ziele, die vermittels einer solchen Diagnose zum Ausdruck gebracht werden, explizieren und einordnen, um dem Befund gerecht zu werden. Sie betreffen dann nicht nur den engeren Bereich der Politik, sondern den weiteren Raum der kulturellen Selbstverständigung – und sie verweisen letztlich auf grundlegende Fragen der sozialen Ordnung. Denn der diagnostizierte Wandel in der Sprach- und Debattenkultur öffnet – implizit oder explizit – weitere Fragehorizonte und Problemfelder, die in Rechnung zu stellen sind. Mindestens drei Dimensionen lassen sich hier identifizieren: 1) Unter welcher Perspektive lässt sich die öffentliche und politische Sprache fassen, um einen Wandel der Sprach- und Debattenkultur zu verstehen? 2) Welche Bedeutung hat der Rekurs auf die Kultur, wenn ein solcher Wandel diagnos-

tiziert wird? 3) Wie kann sich trotz – oder vielleicht auch aufgrund von – Verunsicherungen Orientierung ergeben?

Das Problemfeld, das die Beiträge anlässlich der Auseinandersetzungen um den Wandel der Sprach- und Debattenkultur aufspannen, ist damit weiter und vielschichtiger als die Verkürzung auf ein einzelnes Konzept. Will man den Befunden somit Rechnungen tragen, so lassen sich die Leitfragen weiter spezifizieren, um die Komplexität der Probleme zu illustrieren:

1. Die öffentliche und politische Sprache ist auf *Verbindlichkeit* ausgerichtet. Wie kann Verbindlichkeit gefasst werden? Auf welche Verbindlichkeiten ist die politische und öffentliche Sprache angewiesen, um eine demokratische Meinungsbildung zu ermöglichen? Werden solche Verbindlichkeiten verhandelt? Welche Form von Verbindlichkeit kann die öffentliche und politische Rede in Anspruch nehmen oder muss sie in ihrem Diskurs voraussetzen?
2. Die öffentliche und politische Sprache vollzieht sich nicht in einem eigenen und eigenständigen Sprachraum, sondern ist selbst Teil der *Kultur*. Wie lässt sich in diesem Sinne Kultur als Medium der *Artikulation* von Selbst- und Weltverhältnissen verstehen, wenn sie mit Blick auf den Wandel in der Sprach- und Debattenkultur zum Thema wird? Kann in diesem Kontext ein normativ neutraler Begriff der Kultur gefasst werden? Oder kommt der Kultur eine normative Kraft zu, die auch für die öffentliche und politische Sprache von Bedeutung ist? In welchem Verhältnis steht die Ausweitung und Intensivierung digitaler Kommunikation zur Artikulation, in der sich qualifizierte und souveräne Selbst- und Weltverhältnisse ausbilden?
3. Gegenwärtige *Orientierungsdefizite* zeigen sich nicht zuletzt in dem unklar gewordenen Konzept der Meinung. Wenn nicht mehr klar ist, was *Meinung* bedeutet, kann eine politische Meinungsbildung auch nicht mehr gelingen. Wie kann angesichts der Entwicklungen in den sozialen Medien sowie

populistische Tendenzen in Teilen der zeitgenössischen Politik und der damit einhergehenden Orientierungsdefizite das Konzept der Meinung wieder so gefasst werden, dass es für die politische Kommunikation eine Rolle spielt? Oder anders ausgedrückt: Wie kann Meinungsbildung gelingen, wenn in der Kommunikation der sogenannten sozialen Medien und in einer riskanten Rhetorik populistischer Äußerungen nicht mehr klar ist, was „Meinung“ zum Ausdruck bringt?

Die drei angeführten Fragekomplexe erlauben es einerseits, die gegenwärtigen Verunsicherungen einzuordnen und sie in einer neuen Perspektive verständlich zu machen. Sie führen aber andererseits ebenso zu einem vertieften Verständnis, worauf der aktuelle Wandel in der Sprach- und Debattenkultur gründet. Das Konzept der Repräsentation kann einen Zugang zu einem solchen vertieften Verständnis der gegenwärtigen Situation eröffnen. Denn auch mit Blick auf die Idee und die Realität der Repräsentation wird gegenwärtig nicht selten von einer Krise gesprochen. Sicherlich ist beim Gebrauch des Ausdrucks „Krise“ Vorsicht und Zurückhaltung geboten. Denn erstens kann in sehr unterschiedlicher Hinsicht von Krisen gesprochen werden und zweitens entwickeln sich Demokratien fortwährend weiter und sind auch dadurch ausgezeichnet, dass sie nicht bei jeder Krise zusammenbrechen, sondern diese auch bewältigen können. Wird „Krise“ im Sinne von „Krisis“ – also als Auseinandertreten – verstanden, so kann der Ausdruck ein Problemfeld markieren. Denn es lässt sich eine Krisis oder ein Auseinandertreten beschreiben, wenn das Konzept der Repräsentation auf zwei seiner Merkmale hin diskutiert wird, deren Zusammenhang aber gegenwärtig prekär geworden zu sein scheint: Mit dem Begriff der *Repräsentation* ist erstens der Aspekt der *Stellvertretung* angesprochen, so dass ‚im Namen von Anderer und ‚im Angesicht von Anderer‘ das Wort ergriffen und gehandelt wird. Zum anderen ist mit der Idee der Repräsentation der Aspekt des *Symbolischen*, der *Medialität* bzw. der *Vermittlung* angesprochen. Repräsentationen verwirklichen sich in symbolischen oder medialen Ordnungen. Stellvertretungen bedürfen der

sprachlichen, körperlichen oder institutionellen Vermittlung. Treten diese beiden Aspekte – die Stellvertretung und die symbolische Vermittlung – auseinander, lässt sich von einer *Krisis der Repräsentation* sprechen.

Der gegenwärtig diagnostizierte Wandel in der Sprach- und Debattenkultur kann hieran anschließend so gefasst werden, dass sich die *sprachliche Vermittlung in der Öffentlichkeit von der Funktion der politischen Stellvertretung entkoppelt*. Ein solcher Prozess führt zu zwei sich ergänzenden, unter Umständen auch sich verstärkenden Konsequenzen: Politische Repräsentation im Sinne der sprachlichen Vermittlung reduziert sich dann auf bloße Aneignung und Wiederholung von Einstellungen (und nicht mehr deren Stellvertretung im Horizont der Öffentlichkeit). Stellvertretung wird dann auf Gefolgschaft reduziert, indem Einstellungen reproduziert werden. Und öffentliche Sprache, die sich nicht mehr im Horizont der Stellvertretung realisiert, reduziert sich auf die Kundgabe und Wiederholung von Stimmungen und Affekten. Symbolische Vermittlung ist dann nichts anderes als Verstärkung dieser Stimmungen und Affekte.

Solche Tendenzen finden sich sowohl in den sogenannten sozialen Medien als auch in populistischen Sprachverwendungen. Wenn auf Social Media Plattformen damit geworben wird „Finde heraus, was gerade in der Welt los ist“, und die erste Handlungsmaxime „Folge deinen Interessen“ lautet, dann reduziert sich nicht nur die Welt recht schnell auf ein Minimum, an die Stelle von Auseinandersetzung, Diskurs und Debatte tritt die Kundgabe von Einstellungen. Und wenn im Namen des Populismus die Stimme des Volkes zu Gehör gebracht werden soll, dann ist nicht nur ein vereinfachtes Konzept des Volkes ein Problem, sondern ebenso die Autosuggestion der einen Stimme. Diese wird eigentlich nicht zu Gehör gebracht, ohne sich mit ihrem Gehalt auseinanderzusetzen, sondern sie wird zum Klingen gebracht. Und auch hier kann von einer Debatte nicht mehr die Rede sein. Debatten erfordern vielmehr Vermittlung, Distanz und Stellvertretung gleichermaßen.

Die Konzepte der *Verbindlichkeit*, der *Artikulation* und der *Meinung* können somit die Problemfelder konturieren, die mittels des Schlagworts „Verrohung“ angesprochen werden. Und die Explikation des Wandels in der Sprach- und Debattenkultur kann zentriert werden auf das Auseinandertreten von Stellvertretung und symbolischer Vermittlung.

Ein solcher Ansatz erlaubt es, die politischen und gesellschaftlichen Zeitdiagnosen in eine systematische Form zu bringen und ein Feld von Forschungsfragen zu eröffnen, in dem die Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften engagiert sind und neue Impulse setzen können. Denn es stellt sich die vielleicht nicht neue, aber gegenwärtig durchaus brisante Frage, wie mit einer solchen Krisis unter den Bedingungen digitaler Kommunikation bei gleichzeitig sich verstärkenden populistischen Tendenzen in der Politik umgegangen werden kann.

1.2 Zeitdiagnosen und Forschungsverbünde

a. Politische und gesellschaftliche Zeitdiagnosen

Es zeigt sich ein reichhaltiges und vielfältiges Bild, wenn das Panorama aufgespannt wird, in dem aktuelle Tendenzen eines Wandels der Sprach- und Debattenkultur registriert werden. Einen ersten Einblick kann die folgende – nicht auf Vollständigkeit zielende – Übersicht eröffnen.

In einem Interview in der Wochenzeitung *Die Zeit* vom 20. Oktober 2016 spricht der damalige österreichische Bundeskanzler Christian Kern im Kontext der Auseinandersetzung um den Umgang mit Flüchtlingen und Migrant*innen von einer „Verrohung der Sprache“: „Wir erleben eine Verrohung der Sprache, eine unglaubliche Respektlosigkeit, die Bereitschaft, persönlich vernichtend mit Personen umzugehen. Wir wissen aus der Geschichte, dass der Gewalt der Worte irgendwann die Gewalt der Taten folgt. Das macht mich besorgt.“ (Kern 2016) Als Option, mit diesem Umstand politisch umzugehen, formuliert Kern: „Wir müssen versuchen, möglichst alle in ein Boot zu bekommen und zu

verstehen, dass es ein gemeinsames Ziel geben muss, das uns verbindet und vereint.“ (Kern 2016)

Am 26. April 2017 weist der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Frank-Walter Steinmeier, anlässlich eines Besuchs der Ludwig-Maximilians-Universität in München darauf hin, dass im Kontext der digitalen Kommunikationsmöglichkeiten „die Grenze zwischen dem Sagbaren und dem Unsäglichen immer mehr verloren geht, wo ein *Like* mehr zählt als die Unterscheidung zwischen Fakt und Lüge“. (Steinmeier 2017) Zur Eröffnung der Veranstaltung „Deutschland spricht“ am 23. September 2018 kam der Bundespräsident auf diese Diagnose wieder zurück: „Ich glaube übrigens, es sind nicht einzelne Lügen oder gezielte Fehlinformationen, sondern es ist die schiere Überflutung, das tägliche Feuerwerk von Beschimpfungen und Beleidigungen, das die Grenze zwischen dem Sagbaren und dem Unsäglichen immer weiter verschwimmen lässt, vor allem aber das moralische Immunsystem hoch beansprucht und erodieren lässt. Die Kommunikationsexplosion im Netz bedeutet jedenfalls nicht nur mehr Kommunikation – was an sich ja zu begrüßen ist –, sondern vor allem lauter, schriller.“ (Steinmeier 2018a) Kurz zuvor, am 07. Juni 2018, bemerkt Steinmeier in einem Interview mit der Wochenzeitung *Die Zeit*: „Demokratie verlangt Kritik und braucht Opposition, aber manches in den sozialen Medien erinnert in der Sprache inzwischen an die Missachtung und Verächtlichmachung der demokratischen Institutionen in der Weimarer Demokratie.“ (Steinmeier 2018c) Im Sommerinterview des ZDF vom 08. Juli 2018 kommt Steinmeier darauf zurück und bemerkt, dass in den digitalen Medien „die Grenze des Sagbaren“ zu „verschwimmen“ „drohe“ – und er fügt hinzu: sie sei zum Teil „schon verschwommen“. (Steinmeier 2018b)

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* kommentiert Berthold Kohler am 13. Juli 2018 unter dem Titel „Das Sagbare und das Unsägliche“ diese Stellungnahmen mit folgenden Worten: „Die Erinnerung Steinmeiers daran, was am Anfang vom Ende der Weimarer Republik stand, ist keine Übertreibung. Eine Demokratie verdient nur dann ihren Namen, wenn in ihr Meinungsfreiheit herrscht, und zwar

nicht nur formell. Daher muss die pluralistische Demokratie auch gegen jene vom rechten und linken Rand verteidigt werden, die sie unter Schwenken der Flagge der Meinungsfreiheit in einen Ort verwandeln wollen, an dem nur noch eine Meinung gilt: ihre. Dem müssen aufrechte Demokraten entgegentreten – auch dadurch, dass sie wahrlich Unsägliches weiter unsäglich nennen und es nicht achselzuckend hinnehmen, wenn es in „das Sagbare“ umbenannt werden soll.“ (Kohler 2018)

Norbert Lammert hat sich in vielfältigen Stellungnahmen zur öffentlichen Sprach- und Debattenkultur in den vergangenen zwei Jahrzehnten mit dem Ziel geäußert, diese sowohl im Parlament als auch außerhalb desselben zu wahren und zu sichern. (vgl. u. a.: Lammert 2010; Lammert 2011b; Lammert 2011a) In einem Interview im *Deutschlandfunk* vom 30. August 2017 mit dem scheidenden Bundestagspräsidenten kommt die Rede auf die „zunehmende sprachliche Verrohung“ im Internet. Lammert konstatiert, dass die Ausbreitung der digitalen Medien einen „kontinuierlichen, aber tiefgreifenden Veränderungsprozess“ bewirkt, der „Folgen für das Urteilsvermögen einer Gesellschaft“ habe: „Der Rückgang der Beschäftigung mit Zeitungen, mit längeren Texten, mit von anderen professionell ausgewählten Informationen und deren Verdrängung durch selbst nachgefragte Themen und dafür verfügbare Informationen, oft im jeweils gleichen Kontext von Leuten, die sich nicht nur für das gleiche Thema interessieren, sondern auch gleiche Einschätzungen von diesem Thema haben, hat Wirkungen auf die Wahrnehmung von Themen, ihrer Relevanz und ihrer erwarteten Behandlung“. (Lammert 2017b) In seiner Abschiedsrede als Bundestagspräsident macht Lammert darauf aufmerksam, dass die Debatte im Parlament nicht mit einem Referat verwechselt werden dürfe, dass vielmehr die Debattenkultur wiederzugewinnen sei: Bei „selbstkritischer Betrachtung sollten wir einräumen, dass in der Regel hier im Hause immer noch zu häufig geredet und zu wenig debattiert wird“. Es müsse, so ergänzt er weiter, auch zukünftig in der politischen Debatte möglich sein, „bei den ganz großen Problemen und Streitfragen, die polarisieren und das Land zu spalten drohen, Mehrheiten in diesem Parlament

zu suchen und zu finden, die größer oder anders sind als die Mehrheiten, über die eine jeweilige Koalition ohnehin verfügt.“ (Lammert 2017a)

2017 thematisiert der Schriftsteller Durs Grünbein in einem Interview in der Wochenzeitung *Der Spiegel* die politische Rhetorik, die sich im Zuge des Umgangs mit Flüchtlingen eingestellt hat. Ziel dieser Rhetorik sei es, „Angst zu erzeugen“. Dies habe auch Auswirkungen auf die parlamentarische Demokratie: „Man überlässt die Rhetorik den Rechten. Ich sehe mit Schrecken, dass die Marktplatzredner zurückkehren. Die parlamentarische Demokratie scheint in einer diffusen Krise zu sein. Das bedeutet, dass die Politik wieder eher auf der Straße spielt. Nun kommen alle diese ganzen Demagogen, drehen die Begriffe um, peitschen niedrigste Instinkte auf. Ich glaube, dass man das auffangen muss, indem man die gemäßigte politische Sprache wieder lebendiger macht.“ (Grünbein 2017). Am 10. Januar 2019 veröffentlichte Grünbein in der Wochenzeitung *Die Zeit* einen Beitrag unter dem Titel „Wie aus Sprache Gewalt wird“. Im Anschluss an den dystopischen Entwurf Orwells in seinem Buch *1984* und mit Blick auf die aktuellen politischen Debatten sowie den nicht mehr zählbaren Beschimpfungen und Schmähungen im Kontext der Auseinandersetzung mit der Migration in den sozialen Medien beschreibt er die neue Tonlage der Debatten. „Zu konstatieren ist eine Radikalisierung des öffentlichen Sprechens, zwischen den Nationen wie im Umfeld jedes Einzelnen, im Streit der Parteien wie in den Kneipen, im Parlament wie auf der Straße. Da ist zum einen der Gebrauch herabsetzender Formeln für den politischen Gegner, die Diskriminierung von Menschengruppen, die in ihrer Schwäche zu Opfern der Weltpolitik werden. Da ist zum anderen aber auch ein allgemeiner Verfall der ethischen Standards, eine Versumpfung der Sprache in den Boulevardblättern wie in den sozialen Netzwerken. Jeder beklagt das mittlerweile, aber keiner kennt das Rezept, herauszufinden aus diesem Labyrinth.“ In Zeiten „verschärfter Rhetorik“, so Grünbein weiter, sei auch unklar geworden, wie mit dem Befund umgegangen werden kann, wie und wo Lösungen zu suchen sind: „Journalisten tapen im Dunkeln, gebildete Zeitgenossen, eben noch cool und mit allen Wassern gewaschen,

fragen sich, was da los ist. Die meisten sind ohne Kompass, kreiseln verwirrt in alle Richtungen, kein Gespräch, in dem die Verunsicherung nicht um sich greift. Denn nun rächt es sich, dass der Lateinunterricht abgeschafft ist, die Rechtslage ungeklärt, die Grundregel einer Demokratie unbekannt und niemand mehr Vergleichsmöglichkeiten hat und ein inneres, historisch geschultes Ohr.“ (Grünbein 2019)

Claudia Roth verweist am 05. Juli 2018 mit deutlichen Worten auf die Veränderungen der Sprachkultur im Parlament: „Es ist aggressiv, sexistisch und beleidigend geworden. Wir erleben oft die Entgrenzung von Sprache, die eher an Bierzelte als an Bundestag erinnert.“ (Roth 2018) Robert Habeck versammelt die Befunde in der aktuellen (Sprach-) Politik und setzt sich 2018 mit den Befunden ebenfalls vor dem Hintergrund einer „Sprachverrohung“ auseinander: „Nach einer langen Zeit der politischen Sprachlosigkeit ist eine des politischen Brüllens und Niedermachens angebrochen. Kränkungen lösen Argumente ab, Beleidigungen werden probates Mittel der gesellschaftlichen Diskussion.“ (Habeck 2018, S. 9)

Im Nachgang zu der Diskussion zwischen den Schriftstellern Durs Grünbein und Uwe Tellkamp am 08. März 2018 wurden die unterschiedlichen Aspekte des Themas weiter diskutiert. Durs Grünbein bemerkt in einem Interview im *Deutschlandfunk* vom 05. Juni 2018, dass eine „ganz klare Radikalisierung“ zu beobachten sei. „Und diese Radikalisierung, meine ich, hat nichts zu tun mit dem, was wir sonst immer mal als Entgleisung kannten, sondern es sind bewusste, gesetzte Provokationen.“ (Grünbein 2018) Die Schriftsteller Kerstin Preiwuß und Marcel Beyer greifen dies in einem Interview im *Deutschlandfunk* am 01. Oktober 2018 auf. Marcel Beyer hatte zuvor, am 26. Mai 2018, unter dem Titel *Tabu. Zur geistigen Situation unserer Zeit* (Beyer 2018) im Rahmen des Symposiums *Baustelle Demokratie. Brauchen wir einen neuen Gesellschaftsvertrag?* den Sprachwandel zu fassen versucht mit den Fragen: „An welcher letzten Grenze kommt das Menschliche abhanden? Wie von alldem erzählen?“ Im Interview mit dem *Deutschlandfunk* bemerkt Beyer: „Da gibt es ein gewisses Vakuum,

und in dieses Vakuum kommt nun Vokabular hinein und mit einer gewissen Aggressivität, das eigentlich so viel älter ist, das eigentlich aus der tiefsten Geschichte und auch eigentlich viel aus der Mottenkiste herausgeholt wird, und man versucht, dieses Vakuum zu füllen und eine, sagen wir: gemeinschaftsstiftende Sprache zu finden.“ (Beyer & Preiwuß 2018)

Auch Verbände artikulieren sich in Deutschland zu dem Wandel im öffentlichen Sprachgebrauch. Der *Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband BLLV* veröffentlicht bereits 2016 ein Manifest unter dem Titel *Haltung zählt*. Mit „größter Sorge“ wird darauf hingewiesen, „wie sich die Stimmung, die Kommunikation in den sozialen Netzwerken und die alltäglichen Umgangsformen in unserer Gesellschaft verändern“. Lehrer und Pädagogen erlebten „eine Aggressivität, eine Sprache des Hasses, der Geringschätzung und Diskriminierung, persönliche Beleidigungen, bewusste Kränkungen und Ausgrenzung in Wort und Handeln“. Appelliert wird „an alle, unsere Gesellschaft vor Spaltung, Brutalität, Rücksichtslosigkeit und Radikalisierung zu schützen und so unsere Demokratie zu bewahren“. (Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband 2016)

Im November 2018 hat die *Deutsche Psychotherapeutenvereinigung* das Thema unter dem Titel *Macht Sprache Gewalt* im Rahmen einer Veranstaltung in Berlin aufgegriffen. Es wird aufmerksam darauf gemacht, „wie sich die Atmosphäre und Sprache in unserer Gesellschaft zum Negativen verändert“. „Durch einen negativ gefärbten Sprachgebrauch“, so wird weiter herausgestellt, „wird die Wahrnehmung verändert, und in Folge auch das Verhalten. Die Realisierung, was nur bis an die Grenze geht und was diese deutlich überschreitet, wird inzwischen oftmals verwischt“. (Deutsche Psychotherapeutenvereinigung 2018)

b. Auswahl von Forschungsverbänden zum Themengebiet

Die Entwicklung von Medienordnungen und Kommunikationstechniken und deren Auswirkung auf das Gelingen bzw. Misslingen von Öffentlichkeit, die Etablierung einer gesellschaftlichen Ordnung sowie die Ermöglichung von Partizipation an (politischen und gesellschaftlichen) Entscheidungsprozessen ist Thema unterschiedlicher Disziplinen. Sozial- und Humanwissenschaften, Medien- und Kulturwissenschaften sind in diesem Feld in verschiedenen Hinsichten engagiert. Mit dem Prozess der Digitalisierung, der Entwicklung digitaler Kommunikationstechniken und der verbreiteten Nutzung sozialer Medien gewinnt das klassische Themenfeld neue Brisanz für die politischen und gesellschaftlichen Akteure. Forschungsprojekte greifen die damit einhergehenden Fragen auf, indem diese nicht zuletzt in interdisziplinären Verbänden – z. T. auch unter Einbeziehung der technischen Wissenschaften – thematisiert werden. Eine kleine Auswahl an Forschungsverbänden kann dies illustrieren.

Das *Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft* (Weizenbaum-Institut) wurde 2017 als *Deutsches Internet-Institut* in Berlin etabliert. Dem Verbund gehören die vier Berliner Universitäten sowie die Universität Potsdam, das Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme sowie das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung an. Vor dem Hintergrund der Veränderungen, die sich in dem offenen Prozess der Digitalisierung einstellen, werden die Entwicklungen mit dem Ziel untersucht, politische und wirtschaftliche Handlungsoptionen zu skizzieren. Unter den zwanzig Forschungsgruppen beschäftigen sich vier mit dem Themenfeld *Demokratie, Partizipation und Öffentlichkeit*. Untersucht wird, wie politische Akteure, Bürger und soziale Bewegungen digitale Techniken nutzen sowie weiterentwickeln und welche Transformationen sie in diesem Prozess selbst durchlaufen. In Frage steht, wie sich unter den Bedingungen medialer Kommunikation die Rolle des Bürgers, die Rationalität politischer Kommunikation und die Qualität öffentlicher Meinungsbildung verändert. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Themenfelder, die in diesem Kontext in Forschungsgruppen erarbeitet

werden: a) *Demokratie und Digitalisierung*, b) *Digital Citizenship*, c) *Nachrichten, Kampagnen und die Rationalität öffentlicher Diskurse* sowie d) *Digitalisierung und transnationale Öffentlichkeit*. In einem weiteren Themenfeld zu *Governance und Normsetzung* sind weitere drei Forschungsgruppen engagiert, die sich mit der Frage beschäftigen, wie staatliche Regelwerke und Institutionen unter den Bedingungen der Digitalisierung ihre Wirkung entfalten, ob und inwieweit sich hier Verschiebungen ergeben und welche Regulierungen sich einstellen oder notwendig werden.

Das *Hans-Bredow-Institut* (HBI) in Hamburg, das seit 2019 als Leibniz-Institut tätig ist, widmet sich der medienvermittelten öffentlichen Kommunikation in einem interdisziplinären Zugang, um den Strukturwandel in den gesellschaftlichen Systemen von Politik über Wirtschaft bis hin zu Bildung und Familie zu erforschen. Hierzu zählen u. a. folgende laufende Forschungsprojekte, die unter Beteiligung des *Hans-Bredow-Instituts* durchgeführt werden: Das Forschungsprojekt *The People's Internet* beschäftigt sich im internationalen Vergleich zwischen China, Europa und den Vereinigten Staaten mit den Interdependenzen zwischen Zivilgesellschaft, Markt und Staat, die durch die Digitalisierung neu formiert werden. In einem weiteren Projekt, unter dem Titel *Was Journalisten sollen – und wollen*, wird eine repräsentative Erhebung zu der Frage durchgeführt, welche Aufgaben in Deutschland von der Bevölkerung dem Journalismus zugeschrieben werden. Dies ermöglicht es, anschließend die Ergebnisse mit dem journalistischen Rollenbild zu vergleichen. In diesem Kontext stellt sich auch die Frage der Beziehung von Journalisten zu ihren Lesern unter den aktuellen Bedingungen digitaler Kommunikation, die in einem weiteren Projekt mit dem Titel *Journalismus und sein Publikum. Die Re-Figuration einer Beziehung und ihre Folgen für journalistische Aussagenentstehung* thematisiert wird. Ein weiteres Themenfeld betrifft die *Sozialisation in einer sich wandelnden Medioumgebung*. Im Fokus steht hier die Frage, wie Kinder und Jugendliche unter den Bedingungen digitaler Techniken soziale Kontakte und kommunikative Praktiken gestalten und wie sich der Einsatz digitaler Techniken in den unterschiedlichen Entwicklungsphasen verändert.

Der an der TU Dresden angesiedelte Sonderforschungsbereich *Invektivität. Konstellationen und Dynamiken der Herabsetzung* (Invektivität) erforscht epochen- und kulturübergreifend die Phänomene der Schmähung, Beschämung und Bloßstellung als „Fundamentaloperationen gesellschaftlicher Kommunikation“ und erweitert damit den Blick auf die aktuellen Phänomene, die beispielsweise unter Hate Speech gefasst werden. Die in dem Sonderforschungsbereich angesiedelten Projekte reichen von der Antike über das Mittelalter, die Neuzeit bis zur Gegenwart und thematisieren in verschiedenen Zugängen historische Formen der Invektivität, so dass aktuelle Entwicklungen eingeordnet und konturiert werden können. In dem Verbundprojekt *Bewältigung von Krisen öffentlicher Kommunikation im Themenfeld Flüchtlinge, Migration, Ausländer* (NOHATE) wird an der Freien Universität Berlin sowie an der Beuth Hochschule für Technik der Frage nachgegangen, wie das Phänomen des Hate Speech in den unterschiedlichen digitalen Formen präventiv erkannt werden kann und welche Deeskalationsmöglichkeiten im digitalen Raum eingesetzt werden können. Das Forschungsprojekt *Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention* (RadigZ) untersucht, insbesondere aus Sicht der Kriminologie und des Strafrechts, Fragestellungen der Radikalisierung im Internet mit Blick auf Akteure mit extremistischem Hintergrund. An diesem Projekt sind neben dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen und der Deutschen Hochschule der Polizei, die Institute für Strafrecht, Kriminologie oder Psychologie der Universitäten in Greifswald, Jena, Göttingen, Köln und Hannover beteiligt.

Unter dem Titel *Die populistische Herausforderung in den Parlamenten* (Populistische-Herausforderung) wird aus Sicht der Politikwissenschaft in einem Forschungsprojekt, an dem die Universität Duisburg-Essen, die Universität der Bundeswehr in Hamburg, die Universität Greifswald und die Universität Mannheim beteiligt sind, untersucht, wie sich mit dem Einzug populistischer Parteien in die Parlamente der demokratische Wettbewerb verändert. Das Forschungsprojekt verfolgt u. a. das Ziel, die Rhetorik und das Framing von Themen zu untersuchen, um

aufzuklären, wie sich die Interaktionen zwischen den Akteuren in den Parlamenten modifizieren. Dabei werden die verschiedenen politischen Strategien in den Landtagen untersucht, die unterschiedlichen Formen der Interaktion zwischen den Fraktionen und die Art und Weise, welche Mittel eingesetzt werden, um Entscheidungsprozesse herbeizuführen.

Am Campus Landau der Universität Koblenz-Landau sind zwei Forschungsschwerpunkte und eine Forschungsstelle zur Politikvermittlung in dem Themenfeld aktiv. Der geistes- und kulturwissenschaftliche Forschungsschwerpunkt *Kulturelle Orientierung und normative Bindung* (Kultur-Norm) erforscht die normativen Aspekte, die sich aus der Ausdifferenzierung von faktischer Vorgegebenheit und normativer Geltung von kulturellen Tatsachen ergeben und die sich unter den Bedingungen medialer Vermittlung beschleunigt. Dieser Frage wird in drei Forschungslinien nachgegangen: a) *Kultur und Lebensform*, b) *Verkörperung und Kultur* und c) *Kulturelle Öffentlichkeit und die Verbindlichkeit der Sprache*. Weiterhin werden in internationalen Kooperationen Forschungs-

projekte durchgeführt, die die Dynamik und die Entwicklung aktueller Protestbewegungen in Deutschland und Frankreich zum Gegenstand haben und diese vor dem Hintergrund der Frage nach der (politischen und gesellschaftlichen) Repräsentation diskutieren. Der Forschungsschwerpunkt *Kommunikation, Medien und Politik* (KoMePol) untersucht am Campus Landau im Zusammenspiel von Sozialwissenschaften und Psychologie die Wahrnehmung und Verarbeitung politisch relevanter aktueller Diskurse. In diesem Rahmen werden u. a. Forschungsprojekte zu den Themen a) *Sich verstärkende Vertrauensspiralen*, b) *Wirkungen von Wahlversprechen auf das politische Vertrauen und die Wahlentscheidung der Bürger* oder c) *Negativität in der Twitter-Kommunikation von Politikern* durchgeführt. Das *Frank-Loeb-Institut* (FLI) widmet sich als Forschungsstelle der politischen Kommunikationsforschung den Fragen der Politikvermittlung sowie der europäischen und internationalen Politik. Dabei liegt ein weiterer Schwerpunkt auf dem Thema, wie durch die Schaffung von Diskursräumen in die Gesellschaft hineingewirkt werden kann.

2.

Problem-
felder und
Perspektiven

2. Problemfelder und Perspektiven

Das Panorama der Stellungnahmen zum Wandel der Sprach- und Debattenkultur im öffentlichen und politischen Raum (vgl. 1.2a) ist beeindruckend und vielfältig zugleich. Deutlich wird in den Gegenwartsdiagnosen, dass eingespielte Praktiken der Sprachverwendung, der kulturellen Verständigung und der Orientierung im öffentlichen Raum angesichts der Entwicklung und Nutzung von neuen Kommunikationstechniken und populistischen Interventionen in Frage gestellt werden. Im Folgenden werden daher die mit *Sprache* (2.1), *Kultur* (2.2) und *Orientierung* (2.3) angezeigten Bereiche diskutiert und Perspektiven ihrer Thematisierung entwickelt. *Verbindlichkeit*, *Artikulation* und *Meinung* bzw. *Meinungsbildung* markieren die Perspektiven, die es erlauben, den Wandel der Sprach- und Debattenkultur systematisch zu erschließen und für weitere Diskussionen zu öffnen. Zusammengeführt und konzentriert wird die komplexe Problemsituation, indem auf eine *Krisis der Repräsentation* (2.4) hingewiesen wird.

2.1 Sprache und Verbindlichkeit

In den unterschiedlichen Problemdiagnosen wird – nicht zuletzt von Seiten der Schriftsteller – wiederkehrend auf Victor Klemperers erstmals 1947 erschienene Schrift *LTI. Lingua Tertii Imperii* Bezug genommen, um die Gegenwart zu verstehen bzw. um ihr einen Spiegel vorzuhalten. Klemperer dokumentiert akribisch und mit dem geschärften Auge eines Philologen, wie durch die Sprache „der Nazismus [...] in Fleisch und Blut der Menge“ übergegangen sei, indem Redewendungen und Wörter größtenteils „mechanisch und unbewusst übernommen“ wurden. (Klemperer 1975, S. 21) Mit seinen sprachkritischen Beobachtungen zielt Klemperer darauf ab, dass einzelne Wörter „wie winzige Arsendosen“ wirken können. In diesem Sinne sucht er nach den „toxischen“ Bestandteilen in der Sprache, die sich während des Nationalsozialis-

mus allmählich gewandelt habe, indem diese nach und nach von Wörtern als „Giftstoffen“ „infiziert“ wurde: „Und wenn nun die gebildete Sprache aus giftigen Elementen gebildet oder zur Trägerin von Giftstoffen gemacht worden ist? Worte können sein wie winzige Arsendosen: sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da. Wenn einer lange genug für heldisch und tugendhaft: fanatisch sagt, glaubt er schließlich wirklich, ein Fanatiker sei ein tugendhafter Held, und ohne Fanatismus könne man kein Held sein.“ (Klemperer 1975, S. 21)

Klemperers Schrift ist einer der markantesten öffentlichen Bezugspunkte hinsichtlich der Beschäftigung mit der Sprache im Nationalsozialismus. In Erinnerung zu rufen ist auch das gemeinsam von Dolf Sternberger, Gerhard Storz und Wilhelm E. Süskind verfasste *Wörterbuch des Unmenschen*, das erstmals als Buch im Jahr 1957 erschienen ist und nicht nur auf die Sprache des Nationalsozialismus beschränkt war, sondern auch die anschließenden Kontinuitätslinien im Blick hatte. Sternberger formuliert deutlich den Zusammenhang von Sprachverfall und Sittenverfall: „Und jedes Wort“, das Menschen nutzen, „wandelt die Welt“. „Darum ist nichts gleichgültig an der Sprache, und nichts so wesentlich wie die façon de parler. Der Verderb der Sprache ist der Verderb des Menschen.“ (Sternberger 1962, S. 9) Es liegt nahe, diese Form von Sprachkritik als eine „moralische Wortkritik“ (Kilian, Niehr & Schiewe 2016, S. 35 ff.) zu verstehen. Weiterhin wäre mit Blick auf den Nationalsozialismus auf sprachwissenschaftliche Arbeiten hinzuweisen, die wenige Jahre später entstanden sind wie z. B. *Sprachwandel im Dritten Reich* aus dem Jahr 1961 (Seidel 1961) oder *Vom ‚Abstammungsnachweis‘ zum ‚Zuchtwart‘. Vokabular des Nationalsozialismus*, die über eine Wortkritik hinausgehen (Berning 1964).¹

Nicht zuletzt die Schrift Klemperers kann bis heute sensibilisieren, denn wenn auch „Worte“ nicht „die Sprache“ sind, so zeigt sich an Worterfindungen und am spezifischen Gebrauch einzelner Worte doch einiges. Bei Worten kann eine Sprachanalyse nicht stehen bleiben, aber an Worten kann sich eine öffentliche Diskussion entzünden. Klemperers Schrift ist in der Folge in der Sprachwissenschaft dementsprechend auch kritisch eingeordnet worden. Denn die sprachliche Entwicklung verläuft kontinuierlich und dynamisch, so dass Wörterbücher den durchaus riskanten Eindruck erwecken können, es gäbe für die Sprache während des Nationalsozialismus gleichsam einen fixen Zeitraum. Auch stellen sich Fragen nach der Berücksichtigung des Kontextes, der jeweiligen Text- oder Sprachform, in der die Worte bzw. Redewendungen gebraucht werden, oder auch die Frage nach der Pragmatik bzw. der Einordnung der Worte in Diskursräume. Innerhalb der Sprachwissenschaft ist dies bereits frühzeitig ausführlich diskutiert worden. (Niehr 2014, S. 17 ff.)

Auch wenn der Bezug auf Klemperers *LTI* erhellend ist und die Augen bzw. die Ohren öffnen kann, so trifft er die Gegenwart nicht vollständig. Denn die aktuelle Situation zeichnet sich dadurch aus, dass erstens Sprachkritik und Sprachreflexion nicht im Hintergrund und nicht nachlaufend formuliert werden und zweitens Sprachreflexion und Sprachkritik nicht mehr nur auf einzelne Personen oder die Sprachwissenschaft beschränkt sind, sondern auch in den Medien, nicht zuletzt den digitalen Medien, Tag für Tag stattfindet. (Jacob 2014) Die Blogs, Webseiten und Einträge zur Sprachkritik sind nicht mehr zählbar. Es ist vielleicht nicht überspitzt formuliert, wenn man darauf hinweist, dass der öffentliche Sprachgebrauch in der digitalen Welt unter einer Dauerobservation steht. Und daran sind nicht nur Philologen beteiligt, sondern viele, die sich aus den unterschiedlichsten Motiven heraus dazu berufen fühlen.

Sprachkritik und Sprachreflexion begleiten demnach die aktuellen Auseinandersetzungen. Dies zeigen nicht nur die angeführten Stellungnahmen aus dem Bereich der Politik, sondern auch die produktive sprachwissenschaftliche Forschung der letzten Jahre und der Gegenwart. (Stötzel &

Wengeler 1995; Diekmannshenke & Klein 1996; Böke, Liedtke & Wengeler 1996; Jung, Wengeler & Böke 1997; Burkhardt & Pape 2000; Diekmannshenke & Meißner 2001; Heringer 2015)

„Linguistische Sprachkritik verfolgt“ dabei „ein positives, konstruktives Ziel: Es geht ihr in erster Linie gar nicht darum, unangemessenen Sprachgebrauch aufzudecken und zu kritisieren, sondern darum, für angemessenen Sprachgebrauch zu werben. Das ist eine Aufgabe für Schule und Universität, aber auch für eine Akademie wie die für Sprache und Dichtung.“ (Schiewe 2016, S. 19) Der Hinweis auf „Angemessenheit“ als eine Kategorie der Sprachreflexion und Sprachkritik ist sicherlich hilfreich. Berücksichtigt doch dieses Konzept neben grammatischer und semantischer Stimmigkeit ebenso den Bezug auf die Situation, auf ästhetische Normen und kulturelle Bedingungen. (Schiewe 2016, S. 17 ff.)

Hinsichtlich des spezifischen Verhältnisses von Sprache und Politik hat sich in den letzten 20 Jahren die Politolinguistik ausgebildet und überaus dynamisch entwickelt. (Niehr 2014; Niehr, Kilian & Wengeler 2017; Girnth 2016) Die Politolinguistik „versteht sich als Teil der deskriptiven Linguistik, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, sprachliche Phänomene zu beschreiben und zu erklären, ohne sie jedoch einer Wertung zu unterziehen“. (Niehr 2014, S. 18) Dabei ist sie nicht auf die „Sprache der Politik“ beschränkt, sondern bezieht sich auf die „politische Sprache“, die an vielfältigen Orten präsent ist und zum Einsatz kommt.

Freilich stellt sich gerade bei einer Analyse der öffentlichen und insbesondere der politischen Sprache die Frage, ob eine linguistische Klärung nicht stets auch einen kritischen Blick auf den Sprecher notwendig macht und damit die Deskription überschritten wird oder werden muss: „Sprachkritik, auch eine sprachwissenschaftlich fundierte“, ist nicht „einfach nur Kritik an Sprache“, „ohne die Sprecher mitzudenken“. (Janich 2013, S. 357) Rückt auch der Sprecher in den Fokus, wandelt sich das Vorhaben der Deskription in das einer Aufklärung: Dann „sollte“ Sprachkritik „die Sprachkultivierung der Sprecher zum Ziel haben, d. h. deren Kompetenz zum sprachlichen Han-

deln befördern und sie zu mündigen Sprechern machen. Das bedeutet, dass Sprachkritik nicht nur die Wahl der Mittel zu bewerten hat, sondern auch die Zwecksetzung, um Folgenverantwortlichkeit vor dem Hintergrund einer schlechthin vernünftigen und der Gemeinschaft geschuldeten Kooperativität zu schulen. [...] Sprachkultiviertheit ist damit – pointiert ausgedrückt – ein auf Sprecher bezogenes normatives Ziel des sprachlichen Könnens und kommunikativen Wollens, ohne dabei auch schon Festlegungen hinsichtlich bestimmter Ausdrucksnormen zu treffen.“ (Janich 2013, S. 370 f.)

Wird linguistische Sprachkritik zur Sprachkultivierung weiterentwickelt, dann teilt sie ein Anliegen mit der Rhetorik.² Und wenn die Frage nach der Sprachkultivierung nicht normativ neutral gestellt werden kann, dann stellt sich die weitergehende Frage, welche Auswirkungen dies auf die linguistische Analyse hat, zumindest dann, wenn die öffentliche Sprache mit Blick auf den Gebrauch politischer Konzepte – wie etwa dem der „Demokratie“ – untersucht wird: „Wie kann sich ein Fach, das (nach einer kurzen Phase der heillosen Überschätzung und Erwartungsüberfrachtung in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts) längst wieder in dem Ruf steht, Glasperlenspiele zu pflegen, in die Verhältnisse aktiv einmischen, von deren sprachlich-kommunikativer Ökonomie es selbst abhängt?“ (Knobloch 2015, S. 16) „Die ‚Grammatik‘ der Demokratie durchsichtig und verständlich zu machen, gehört jedenfalls zu den Aufgaben einer sich kritisch verstehenden Diskurswissenschaft ebenso wie zu denen einer strikt deskriptiven Politolinguistik. Hybris wäre es indessen, wenn die Sprach- und Kommunikationswissenschaftler glaubten, sie könnten das aus ihrer Profession heraus besser als andere Beobachter der Gesellschaft.“ (Knobloch 2015, S. 16)

Die politische Sprache der Gegenwart wird von der sprachwissenschaftlichen Forschung begleitet. Die zu berücksichtigenden Facetten sind vielfältig und die Ergebnisse einschlägig für die aktuelle politische und öffentliche Diskussion. Und es stellt sich die durchaus brisante Frage, wie die politische Sprache sprachwissenschaft-

lich geklärt werden kann und dabei die normative Dimension zum Ausdruck gebracht wird. Neben Politischer Philosophie und Soziologie ist hier ebenfalls die Politikvermittlung einschlägig. (Sarcinelli 2011) Denn nicht nur das Konzept der Sprache, auch das des Politischen ist zu klären, wenn die politische Sprache zum Gegenstand der Untersuchung wird.

Dabei zeigt sich in Teilen des politischen und vorpolitischen Raums ein manipulativer Zugang zur Sprache – zu einzelnen Worten und Redewendungen –, in dem mehr als ein *Wording* oder der geschickte Einsatz von Sprache intendiert wird. Dies kann auf der Ebene der Zeichen, aber auch der Worte und des Wortgebrauchs zum Ausdruck kommen. Ein derartiger Zugang hält sich nicht an politische Distinktionen wie links oder rechts, er findet sich vielmehr sowohl auf dieser als auch auf jener Seite. Dabei handelt es sich nicht um das „Besetzen von Begriffen“ (die man ja auch immer räumen kann), auch ist damit nicht einfach das Suchen und Finden von politischen Ausdrücken als Marketinginstrument gemeint (wie etwa im Wahlkampf). Es handelt sich eher um den Versuch, die öffentliche Sprache zu manipulieren, um keinen Zweifel an dem „richtigen“ Deutungsmuster aufkommen zu lassen. Sprache im politischen Raum ist dann allerdings kein Medium mehr, in dem Differenzen verhandelt, Übergänge gestaltet und Kompromisse gesucht werden, sie wird eingesetzt, um Perspektiven zu manipulieren und Differenzen zu verschieben bzw. Alternativen zu eliminieren. Solche Versuche sind zwar nicht immer, aber häufig simpel, wissenschaftlich wenig abgesichert – und vor allen Dingen werden sie schnell durchschaut. Die (Sprach-)Sensibilität aufgeklärter Bürger wird hier meist unterschätzt.

Wird Sprache derart manipuliert, dann wird ihre Bedeutung für den öffentlichen Raum eingeschränkt, wenn nicht sogar der öffentliche Raum des Sprechens limitiert wird. Denn der öffentliche Sprachgebrauch misst sich nicht einfach an den – gelegentlich doch eher zufälligen – Interessen, Vorstellungen und Wünschen einzelner oder mehrerer Sprecher, er eröffnet vielmehr einen Raum der gemeinsamen und kontroversen Auseinandersetzung, an dem verschiedene Akteure und Institu-

tionen beteiligt sind, um solche Intentionen in der Sprache zu verhandeln und zu adjustieren. Sprache ist nicht einfach ein Mittel des Ausdrucks von Ideen oder der Umsetzung von Interessen, sie ist zugleich ein Medium der Stiftung von Öffentlichkeit, in der unterschiedliche Perspektiven vermittelt werden.

Dabei ist es auf der einen Seite trivial, darauf hinzuweisen, dass Sprache und Politik miteinander verwoben sind, dass Sprache Politik konstituiert, dass Politik und Sprache Hand in Hand gehen oder dass Politik Sprache bedingt. Auf der anderen Seite ist es jedoch nicht trivial, die Beziehung genauer zu bestimmen. Im Unterschied zu einer Manipulation der Sprache, durch die Differenzen ausgeschaltet werden sollen, kann Sprache genutzt, eingesetzt, geformt und gestaltet werden, um Begriffe zu besetzen, Mehrheiten zu gewinnen, Akzeptanz zu erhöhen oder Interessen zu artikulieren – jeweils mit Blick auf konkurrierende Meinungen und Interessen. Es lässt sich hier von einem instrumentellen Sprachgebrauch sprechen, der mit Öffentlichkeit rechnet und sie nicht eliminiert. Sprache steht hier im Dienst des politischen Handelns. Und politisches Handeln ist ohne einen solchen instrumentellen Sprachgebrauch kaum denkbar.

Doch ebenso richtig ist auch, dass Politik und Sprache nicht auf eine derartige Zweck-Mittel-Relation reduziert werden können. Werden im öffentlichen Raum Begriffe besetzt, Slogans entworfen oder neuerdings auch Gesetze werbewirksam getauft (wie etwa das *Gute-KiTa-Gesetz* oder das *Starke-Familien-Gesetz*), dann wird Sprache zum Mittel der politischen Intervention, um Akzeptanz zu schaffen oder zu erhöhen. Doch der öffentliche und politische Sprachgebrauch – daran darf erinnert werden – ist mehr als die Herstellung von Akzeptanz oder das Erzielen von Zustimmung: Kulturelle und politische Verständigung ist auf Verbindlichkeit ausgerichtet. (Bermes 2019; Nullmeier 2004) Der politisch-praktische Sprachgebrauch, wie er in genuin politischen Debatten zum Ausdruck kommt und in dem politisches Handeln und Sprechen nur begrifflich unterschieden werden können, zielt damit auf die Stiftung von Öffentlichkeit.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der Zeitdiagnosen stellt sich ebenso die Frage, wie die politische und öffentliche Rede verstanden und beschrieben werden kann, wenn die Frage nach der Verbindlichkeit in den Fokus rückt. Zeigen doch die zeitkritischen Befunde, dass der Verlust des Vertrauens in die Politik und die politischen Institutionen mit einem Verlust der Verbindlichkeit der öffentlichen und politischen Sprache einhergeht – sei ein solcher Verlust nun hervorgerufen durch die Techniken der Digitalisierung oder aktuelle Tendenzen des Populismus.

Das Konzept der Verbindlichkeit verweist auf mindestens vier Aspekte (Bermes 2019), die es lohnt darzustellen, um darauf aufbauend den Bezug zur Sprache und zum Sprachgebrauch zu skizzieren: Verbindlichkeit betrifft *erstens* die Person und deren Verfassung oder Qualifikation. Eine Person kann beispielsweise als verbindlich im Sinne von standhaft und zuverlässig qualifiziert werden. *Zweitens* kann Verbindlichkeit im Sinne der Ökonomie und des Rechts als Verpflichtung benutzt werden und meint dann die (asymmetrische) Beziehung eines Schuldners gegenüber dem Gläubiger. Jemand steht in der Schuld eines anderen bzw. steht diesem gegenüber in der Pflicht. *Drittens* wird von Verbindlichkeiten gesprochen, wenn Regeln des Handelns und Praktiken regelgemäß realisiert bzw. verstanden werden. Sprachspiele lassen sich durch verbindliche Regeln beschreiben und sind durch diese ausgezeichnet. Und *viertens* schließlich beanspruchen bestimmte Überzeugungen oder Gewissheiten Verbindlichkeit. In der menschlichen Selbst- und Weltorientierung finden sich (keineswegs immer explizite) Überzeugungen, die Verbindlichkeit beanspruchen, ohne dass ihnen eigens eine Verbindlichkeit zugesprochen werden müsste, und ohne dass sie durch eine unabhängige Begründungsinstanz ihr verbindliches Potential ausweisen müssten.

Diese vier Aspekte, die sich ebenso durch die Geschichte und Systematik der Sprachphilosophie (Bermes 1999; Bermes 2006) illustrieren ließen, lassen sich nutzen, um den Gebrauch der Sprache in der Öffentlichkeit in einer neuen Perspektive zu strukturieren und zu beschreiben. Wird öffentliche und politische Sprache unter dem

Gesichtspunkt der Verbindlichkeit beschrieben und verstanden, so handelt es sich um eine komplexe Beziehung, in der sich *erstens* der Sprecher oder Redner durch die Sprache selbst qualifiziert, *zweitens* eine (situationsabhängig asymmetrische) Beziehung zu anderen aufgebaut wird, *drittens* auf Regeln Bezug genommen wird, ohne die das öffentliche Sprechen nicht auskommt, und *viertens* immer auch Überzeugungen eine Rolle spielen, auf die als verbindliche Überzeugungen rekurriert wird, die jedoch nicht durchweg im Sprechen verbalisiert werden.

Es ist eine lohnende Perspektive, die Ansätze der Politischen Philosophie, der Sprachphilosophie, der Theorie der politischen Kommunikation, der Politolinguistik und der Sprachwissenschaft zu vernetzen, um vor dem Hintergrund der Frage nach der Verbindlichkeit die Problemlage, die sich durch den diagnostizierten Wandel der Sprach- und Debattenkultur ergibt, zu diskutieren. Das Konzept der Verbindlichkeit kann es erlauben, disziplinübergreifend die verschiedenen Dimensionen der Normativität in der öffentlichen und politischen Sprache genauer zu fassen.

Zwischenfazit

Wird der Wandel der Sprach- und Debattenkultur hinsichtlich der öffentlichen und politischen Sprache zum Thema, so können folgende Ergebnisse festgehalten werden. Sprachkritik und Sprachreflexion finden nicht losgelöst und unabhängig von der Sprachverwendung in den neuen Kommunikationsmedien statt, sondern zeitgleich und mitlaufend. Die Beschreibung der politischen Sprache gelingt, wenn die normativen Bedingungen politischen Sprechens und Handelns berücksichtigt werden. Diese betreffen u. a. die verschiedenen Akteure und Sprecher als politisch Handelnde und die Ziele und Rahmenbedingungen, unter denen politisch gehandelt wird. Vor diesem Hintergrund lässt sich ein manipulativer Sprachgebrauch von einem instrumentellen und einem politisch-praktischen Sprachgebrauch unterscheiden. Ein manipulativer Sprachgebrauch zeichnet sich dadurch aus, dass Differenzen zu anderen Positionen und konkurrierenden Meinungen möglichst eliminiert werden. Demgegenüber ist ein instrumenteller Sprach-

gebrauch dadurch ausgezeichnet, die Sprache einzusetzen, um im politischen Feld Akzeptanz zu schaffen und Zustimmung zu erzielen. Dies gelingt unter der Bedingung, dass andere Positionen immer als möglich und diskussionswürdig angesehen werden. Der politisch-praktische Sprachgebrauch in der genuin politischen Debatte ist – wie oben erwähnt – auf Verbindlichkeit ausgerichtet. Er gründet auf der Verbindlichkeit der an der Debatte beteiligten Akteure, der Verbindlichkeit der Regeln der Debatte und der Verbindlichkeit der zu erzielenden Ergebnisse. Im Falle manipulativen Sprachgebrauchs wird die regulative Funktion von Öffentlichkeit ausgeschaltet, im Falle eines instrumentellen Sprachgebrauchs wird der regulativen Funktion der Öffentlichkeit Rechnung getragen. Ein politisch-praktischer Sprachgebrauch in der politischen Debatte stiftet Öffentlichkeit. Hieran anschließend stellt sich erstens die Frage, welche Sprachfunktionen die unterschiedlichen digitalen Kommunikationsmedien zulassen, befördern oder einschränken und zweitens die Frage, wie die Sprachstrategien des Populismus in diesem Kontext zu bewerten sind. Eine liberale demokratische Ordnung ist darauf angewiesen, dass die politische Sprache nicht auf ihre manipulative und instrumentelle Funktion reduziert wird.

2.2 Kultur und Artikulation

Das Konzept der Kultur ist sicherlich vieldeutig, aber nicht ohne Bedeutung. Denn unter *Kultur* werden nicht nur gelebte Traditionen, Gepflogenheiten und Institutionen verstanden, die eine orientierende und normative Kraft entfalten, indem ihnen eine bindende Wirkung zukommt – sei diese bindende Wirkung nun kodifiziert oder „nur“ praktisch wirksam. (Bermes 2007; Bermes 2014b) Kultur zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie ein artikuliertes Selbstverständnis ermöglicht und die Idee der Freiheit in Gang setzt. Die beiden letzten Aspekte sind es, die in der Auseinandersetzung mit der Kultur gelegentlich in den Hintergrund rücken. Und es lohnt daher umso mehr, sie gerade mit Blick auf den diagnostizierten Wandel in der Sprach- und Debattenkultur wieder in Erinnerung zu rufen. Der Wandel

der Sprach- und Debattenkultur wird häufig als Veränderung und Zunahme von Kommunikationsmöglichkeiten beschrieben. Fraglich ist aber, ob eine Zunahme von Kommunikation auch eine Vertiefung von Artikulation bedeutet. Kultur ermöglicht, so ließe sich pointiert sagen, die Artikulation eines qualitativen Selbstverständnisses und eines Freiheitsversprechens. Beides erfordert einen verantwortungsvollen Umgang – nicht zuletzt in und mit der Sprache sowie in und mit den Medien, in denen Kultur zum Ausdruck kommt.

Seitdem das Konzept der Kultur in der Welt ist, ist es umstritten. (Konersmann 2010a) Der Ausdruck fügt sich gut in die verschiedensten Komposita wie etwa Nationalkultur, Hochkultur, Jugendkultur, Medienkultur oder eben auch Sprachkultur u. v. m.; und er provoziert direkt „Kritik“, wenn nicht gar „Kulturkritik“. (Konersmann 2001) Bereits 1952 waren mehr als 200 Seiten notwendig, um die verschiedenen Definitionen des Kulturkonzepts aufzulisten. (Kroeber 1952) Fast siebenzig Jahre später würden wohl keine weiteren 200 Seiten mehr ausreichen, um die verschiedenen Ansätze aufzunehmen, die neu hinzugekommen sind. Doch damit ist der Kulturbegriff in bester Gesellschaft, man denke nur an andere Konzepte und deren z. T. umstrittene Geschichte – etwa den Begriff des Wertes. (Bermes 2014a) Auf keinen der Begriffe wird man wohl nur deshalb verzichten wollen, weil er in unterschiedlichen Hinsichten gebraucht wird. Eher ist das Gegenteil der Fall: Gerade die vielfältigen Definitionen und Zugänge zeigen die Notwendigkeit, sich fortwährend um eine Klärung zu bemühen, weil die Sache, um die es geht, von Bedeutung ist.

In den letzten Jahren ist der Begriff der Kultur selbst zum Gegenstand einer zum Teil leidenschaftlichen politischen und öffentlichen Debatte geworden. Hat doch das Schlagwort der Leitkultur nicht wenige Diskussionen seit dem Jahr 2000 hervorgerufen, an denen sich unterschiedliche Akteure beteiligten. (Lammert 2006) Die Debatte ist keineswegs ausgelaufen oder beendet worden. Sie wird im Gegenteil aktuell wieder unter geänderten Bedingungen und auch in einer durchaus weniger angespannten Tonlage weitergeführt. (Dorn 2018, S. 31 ff.) Ebenso ist gegen-

wärtig in den Zeitdiagnosen zum Wandel der Sprach- und Debattenkultur Kultur in mindestens zweierlei Hinsicht Thema.

Erstens wird auf Kultur rekuriert, indem darauf verwiesen wird, dass sie, nicht zuletzt in ihrer elaborierten Form der Aufarbeitung durch die Geistes- und Kulturwissenschaften, das Archiv bzw. das Gedächtnis bildet und Werkzeuge bereitstellt, so dass es möglich wird, mit dem Wandel umzugehen oder ihn einzuordnen. Ein breiter Fundus an historischem Wissen, die Tradition der Literatur sowie deren Geschichte, aber auch kulturelle Bestände, die daran erinnern, dass innerhalb der menschlichen Selbst- und Weltgestaltung das Wissen um Unverfügbares und der Umgang mit Transzendenz keineswegs bedeutungslos sind, sind Teil eines solchen Archivs. Philosophie, Geschichtswissenschaft, Sprach- und Literaturwissenschaft, Theologie, aber auch Kunstgeschichte und die klassischen Philologien bieten hierzu nicht nur einen reichhaltigen Fundus, sie ordnen die Sinndimensionen menschlichen Selbstverstehens und bereiten sie auf. Sie schaffen „Orientierung über Orientierung“. (Orth 2000, S. 29 ff.) Und sie erlauben es, eine Position zu gewinnen, von der aus verstanden und bewertet werden kann, was Wandel in der Sprach- und Debattenkultur bedeutet.

Zweitens verweist der Topos der „Verrohung“ selbst auf Kultur, wenn Kultur in dem klassischen Sinne Ciceros als *cultura animi*, also als Bearbeitung des Geistes und der Persönlichkeit, verstanden wird. Kultivierung, Erziehung und Bildung sind hier eng ineinander und miteinander verwoben. Die Zeitdiagnose einer Verrohung kann in diesem Sinne durchaus Unterschiedliches bedeuten: Es reicht von dem Ausbleiben, über das Fehlschlagen bis hin zur Auflösung von Kultivierung.

Kultur ist selbstverständlich das Thema der Kulturphilosophie, der Cultural Studies und der Kulturwissenschaften, wenngleich in verschiedenen Hinsichten. Die Entwicklung der Kulturwissenschaften verläuft nicht nur rasant, sondern auch auf vielfältigen, wenn nicht sogar unterschiedlichen Wegen. Die Kulturwissen-

schaften haben sich mit Blick auf ihren Gegenstand, ihre Methoden und ihre Theorietraditionen in einem hohen Maße ausdifferenziert. (Jaeger & Liebsch 2004; Jaeger & Straub 2004; Jaeger & Rösen 2004) Sie „befinden sich momentan in einer ambivalenten Lage. Einerseits gewinnen sie zunehmendes Gewicht für die Prozesse der kulturellen Deutung und Orientierung gegenwärtiger Gesellschaften“, „andererseits ist ihr fachliches, theoretisches und methodisches Selbstverständnis keineswegs hinreichend geklärt“. (Jaeger & Liebsch 2004, S. VI) Dies dokumentiert sich u. a. auch in der Frage, ob von „Kulturwissenschaften“ oder „Kulturwissenschaft“ die Rede sein soll.

Innerhalb der sozialwissenschaftlich orientierten Kulturwissenschaften und den Sozialwissenschaften, die sich einen *cultural turn* zu eigen gemacht haben, lassen sich Entwicklungstendenzen nachzeichnen, die einen „normativen“ Kulturbegriff zurückstellen und den Kulturbegriff und die Kultur neutral zu fassen suchen. Die Tradition eines normativen Kulturbegriffs hat sich, „sobald sie in Berührung mit den sich ausbildenden Sozialwissenschaften gekommen ist, in bezeichnender Weise transformiert: Entweder hat sie nach und nach ihre normativen Konnotationen verloren, ist historisiert worden und hat die Gestalt eines holistisch-ethnologischen Totalbegriffs angenommen. Oder aber die normativen Konnotationen haben zu einer allmählichen Identifikation von Kultur mit der „Hochkultur“ und schließlich mit denjenigen Handlungsfeldern geführt, in denen kulturelle Objektivationen produziert werden“. (Reckwitz 2000, S. 72)

Man kann diese Entwicklung in den sozialwissenschaftlich orientierten Kulturwissenschaften durchaus als eine Erfolgsgeschichte lesen. Wird die normative Pointe der Kultur zurückgestellt, dann eröffnen sich neue sowie andere Fragen; und Kultur kann durch verschiedene Theorieangebote geprüft oder getestet werden. So entstehen und rivalisieren u. a. poststrukturalistische, marxistische, diskurstheoretische, wissenssoziologische oder postkoloniale und andere Theorieoptionen. (Jaeger & Straub 2004) Es ist aber auch verständlich, wenn im Zuge dieser rasanten Entwicklung ebenso eine „kritische Bestandsauf-

nahme“ (Allerkamp & Raulet 2010, S. 8) gefordert und darauf verwiesen wird, dass sich Kultur als „etwas Eigenes, Unableitbares“ darstellt, das „weder Basis noch Überbau, und gewiss kein Konstrukt“ ist. (Konersmann 2010b, S. 37)

Mit Blick auf die rasante und beeindruckende Karriere der Kulturwissenschaften, die im Gefolge der Geisteswissenschaften eher auf einer europäischen Theorietradition gründen, und den Cultural Studies, die diese Tradition mit eigenen Ansätzen aus dem angelsächsischen Raum selbständig reformulieren, könnte sich der Umstand einstellen, dass der Gegenstand, um den es geht – die Kultur – eher verdeckt wird oder im Hintergrund bleibt. Dies wird freilich innerhalb der Kulturwissenschaften und den Cultural Studies selbst diskutiert. (Hepp 2015, S. 9 ff.) Zudem ist die Frage nach praktischen Geltungsansprüchen von Kulturen immer auch Teil der Kulturwissenschaft gewesen. (Kettner 2004)

Die Ablösung eines normativen Kulturkonzepts durch eine neutrale Gegenstandsbeschreibung könnte allerdings auch darauf beruhen, dass weniger die Normativität der Kultur fraglich ist als der Begriff der Normativität selbst. Denn Normativität scheint inzwischen ein vager Sammelbegriff für all das geworden zu sein, was sich entweder einer einfachen Operationalisierung widersetzt oder für das vermeintlich keine Theorie zur Verfügung steht. Zudem wird die Neutralisierung der Normativität der Kultur gelegentlich (über-)kompensiert mit einer engagiert kritischen Einstellung zur Kultur. Dies zeigt sich u. a., wenn sich die Cultural Studies auch im Sinne von Interventionen in die Kultur begreifen. Hier findet sich „auch immer wieder eine gewisse Nähe der Cultural Studies zu sozialen Bewegungen“. (Hepp 2015, S. 10) In solchen Kontexten wird Normativität zumeist unter der Kategorie der Macht gefasst.

Doch nicht zuletzt die Debatte um die Leitkultur zeigt, dass die normative Pointe der Kultur widerspenstig ist. Sie wird auch nicht einfach auf einen einzigen Aspekt oder Begriff reduziert werden können. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass das Konzept der Kultur als ein Selbstbeschreibungs-begriff verwendet wird,

von dem man sich erst in einem zweiten Schritt distanzieren kann. Es ist nicht zuletzt die Kulturphilosophie, die ein besonderes Gewicht darauf legt und deutlich macht, dass unter „Kultur“ ein eigener und selbständiger Gegenstandsbereich zu fassen ist und sich die Beschreibung der Kultur an diesem Gegenstandsbereich orientiert. Sie ist weniger abhängig von variablen oder gar beliebigen Einstellungen zur Kultur als von der Kultur als Gegenstand der Betrachtung selbst. Die Kulturphilosophie des 20. Jahrhunderts im Gefolge von Rickert, Simmel, Cassirer u. a., die wesentliche und bedeutende Impulse für die Entstehung der Kulturwissenschaften geliefert hat, ist dabei ebenfalls offen für einen deskriptiven Zugriff auf die Kultur, jedoch in dem Rahmen, der durch den Befund der Kultur selbst gegeben ist. Hat doch die Kulturphilosophie „zu zeigen, warum die Fragen der Kultur nicht trivial sind – dass der Kulturbegriff etwas *wiegt*“. (Konersmann 2012, S. 1) Und bei allen Unterschieden im „Großen wie im Kleinen artikuliert sich in allen Verwendungen des Ausdrucks, bei jedem Grad an Konkretion und Spezifikation des Kulturbegriffs der Anspruch des Menschen, etwas aus den vorgefundenen Bedingungen und aus sich selbst zu machen“. (Recki 2004, S. 21)

Es ist diese normative Pointe der Kultur, die wirksam bleibt und die immer auch einen anthropologischen Horizont eröffnet. Nicht zuletzt diese normative Pointe ist auch mit Blick auf die kritischen Diagnosen zum Wandel der Sprach- und Debattenkultur von Bedeutung, und sie lässt sich in zweierlei Hinsicht ausbuchstabieren: Zum einen zeigt sich die normative Pointe der Kultur, wenn Kultur als Ressource zur Ausbildung eines qualitativen Selbstverständnisses angesehen wird, zum anderen zeigt sie sich in dem Prozess der Kulturalisierung als einer Befreiung von natürlichen Schranken und damit als eine Option der Freiheit.

Wird Kultur als eine Ressource beschrieben, dann erscheint sie aus Sicht einer institutionalisierten politischen Ordnung, die um ihre eigenen Grenzen weiß, als diejenige Sinn- und Handlungsdimension, die dem politischen Handeln vorausgeht und die nicht durch das politische Handeln erzwungen werden kann – zumindest dann nicht,

wenn ein solches seine Grenzen kennt. Das zwischenzeitlich als „Böckenförde-Theorem“ verschlagwortete und vielfach diskutierte Diktum, dass der freiheitliche säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann, verweist u. a. auf diese der Kultur zukommende Funktion als Ressource. Diese Ressource ist nicht unabhängig von der Sprache – im Gegenteil: Sie ist wesentlich sprachlich verfasst.

Autoren wie Charles Taylor oder Alasdair MacIntyre, die dem angelsächsischen Kommunitarismus zugerechnet werden, lassen sich auch so verstehen, dass die (Selbst-)Beschreibung einer derart gefassten Kultur notwendig in einem wertenden Vokabular vollzogen wird. Denn ein qualitativer Begriff des Selbst und die Ausbildung von Identität kommt, so macht Taylor deutlich, ohne das Konzept des Guten nicht aus. „Das Selbst und das Gute oder, anders gesagt, das Selbst und die Moral sind Themen, die sich als unentwirrbar miteinander verflochten erweisen.“ (Taylor 2002, S. 15)

Es dürfte kein Zufall sein, dass aus Sicht der Politikwissenschaft gegenwärtig auch Francis Fukuyama solche Gedanken aufgreift und die Frage nach der Identität neu stellt – allerdings mit Blick auf einen verkürzten Begriff der Identität in Identitätspolitik und mit Blick auf populistische Tendenzen in der zeitgenössischen Politik: „Das Verlangen nach Anerkennung der eigenen Identität vereint als Leitmotiv vieles von dem, was sich heutzutage in der Weltpolitik abspielt.“ (Fukuyama 2019, S. 16) Dabei wird es nach Fukuyama notwendig sein, vereinfachte und verkürzte Vorstellungen von Identität, die sich sowohl in einem linken als auch rechten Populismus zeigen, in ihre Schranken zu weisen, um den vielfältigen Formen des Populismus Grenzen zu ziehen und einen tragfähigen Begriff von Identität wiederzugewinnen: „Identität kann zur Spaltung, aber auch zur Einigung benutzt werden. Letztendlich wird diese Erkenntnis das Heilmittel für die populistische Politik der Gegenwart sein.“ (Fukuyama 2019, S. 213) Mit Fukuyamas gerade erschienener Schrift zur *Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet* haben die Vereinigten Staaten ihre Leitkultur-Debatte – unter den Titeln

der Identität, der Identitätspolitik und der Würde – erhalten. Es wird sich zeigen, wie sie weitergeführt wird.

Unabhängig davon, wie man die Ausführungen Fukuyamas insgesamt bewertet, kann deutlich werden, dass sich ein qualitatives Selbstverständnis ohne Kultur nicht ausbilden wird. Kulturelle Selbstverständigung realisiert sich in einem Horizont normativer Artikulation, dem Maßstäbe zugrunde liegen, die sprachlich zum Ausdruck kommen und die praktisch wirksam sind. In dieser kulturellen Selbstverständigung werden auch Grenzen gezogen, die das benennen, was einer solchen Selbstverständigung zuwiderläuft. Die Unterscheidung zwischen dem Sagbaren und dem Unsäglichen ist Teil der kulturellen Selbstverständigung. Und in der Sprache der Moral kommen diese Grenzen zum Ausdruck. MacIntyre weist darauf hin, dass es immer wieder besonderer Anstrengungen bedarf, diese Sprache zu erarbeiten und zu sichern. (MacIntyre 2002) Ein solches Vorhaben ist sicherlich von den Bedingungen, dem Prozess und der Form der Auseinandersetzung abhängig (Habermas 1981), es ist aber ebenso von dem Vokabular und der Sprache der Moral abhängig. Denn diese ist nicht willkürlich, sondern sie besitzt ein Rationalitätsprofil. Gerechtigkeit, Besonnenheit oder Klugheit können nicht einfach nach Belieben definiert werden, ihr Bedeutungsgehalt qualifiziert die adäquaten Gebrauchsweisen der Ausdrücke. Das Zusammenspiel von sprachlich aufgeklärter Kulturphilosophie und sprachsensibler Moralphilosophie ist für die Frage nach der Identität daher von besonderer Relevanz. Und es stellt sich natürlich die Frage, ob und wie eine derart gefasste qualitative Ausbildung eines Selbstverständnisses in der digitalen Kommunikation gelingen kann oder ob nicht vielmehr das Teilen von Lebensformen, in der Praktiken, leibliche Präsenz und sprachlicher Ausdruck zusammenspielen, eine notwendige Bedingung darstellen. Oder anders ausgedrückt und in Anlehnung an den Hinweis Böckenfördes gefragt: Lebt die digitale Kommunikation nicht auch von Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann? Und sind diese Voraussetzungen anders zu fassen als Kommunikation, nämlich als gelingende Artikulation?

Die normative Pointe der Kultur liegt jedoch nicht nur in ihrer Funktion als eine qualitative Ressource für ein gelingendes Selbstverständnis, mit ihr kommt ebenso eine *Option* ins Spiel: Wird Kultur als Konzept der Beschreibung der „Welt des Menschen“ (Orth 2000) verstanden, dann zählen hierzu alle Stellungnahmen, Tätigkeiten, Errungenschaften und Handlungen, in denen Menschen nicht einfach nur etwas produzieren, sondern sich selbst darin erkennen und sich und ihrer Welt dadurch eine Gestalt geben. Kultur als Welt des Menschen ist dementsprechend doppeldeutig. Verwiesen wird einerseits auf die kulturelle Wirklichkeit, in der Menschen existieren und die sie gestalten; und es meint andererseits die Gestaltung des Menschen selbst. Kultur als Welt des Menschen ist gleichzeitig auch vermittelt: Dieser Prozess realisiert sich symbolisch, er ist vermittelt über Zeichen und nicht zuletzt die Sprache. Der Mensch als „animal symbolicum“ (Cassirer 2007, S. 51) löst sich durch die Verwendung von Zeichen, Symbolen und der Sprache von einer direkten Weltbeziehung und kommt indirekt über Zeichen, Symbole und die Sprache auf sich selbst zurück. Er gewinnt damit Freiheit von einer fixierten Verankerung in der Natur; und er gewinnt die Freiheit, durch und in der Kultur zu wirken. Das ist kein Konstruktivismus – im Gegenteil: Es erfordert Verantwortung. Ernst Cassirer hat in Anlehnung an Kant und die Aufklärung in seiner Kulturphilosophie diesen Gestaltungsprozess detailliert auseinandergesetzt und deutlich gemacht, dass in der Kultur ein Freiheitsversprechen liegt: „Im Ganzen genommen könnte man die Kultur als den Prozeß der fortschreitenden Selbstbefreiung des Menschen beschreiben. Sprache, Kunst, Religion und Wissenschaft bilden unterschiedliche Phasen in diesem Prozeß. In ihnen allen entdeckt und erweist der Mensch eine neue Kraft, die Kraft, sich eine eigene ‚ideale‘ Welt zu errichten. Die Philosophie kann die Suche nach einer grundlegenden Einheit dieser Welt nicht aufgeben, sie verwechselt diese Einheit nicht mit Einfachheit. Sie übersieht nicht die Spannungen und Reibungen, die starken Kontraste und tiefen Konflikte zwischen den verschiedenen Kräften des Menschen. [...] Aber diese Vielfalt und Disparität bedeutet nicht Zwietracht oder Disharmonie. Alle diese Funktionen vervollständigen und ergänzen

einander. Jede von ihnen öffnet einen neuen Horizont und zeigt uns einen neuen Aspekt der Humanität.“ (Cassirer 2007, S. 345 f.)

Wird Sprache in diesem Sinne zum Gegenstand der Betrachtung, dann ist sie kein beliebiges Mittel, das alleine zu frei wählbaren Zielen eingesetzt wird, sie ist vielmehr das Medium, in dem sich Freiheit artikuliert – freilich keine Freiheit als Beliebigkeit und Willkür, sondern eine Freiheit, die der Kultur als einer gelingenden Selbstverständigung Rechnung trägt.

Zwischenfazit

Mit Blick auf den Wandel der Sprach- und Debattenkultur lassen sich folgende Aspekte resümierend darstellen. In den aktuellen Zeitdiagnosen zu der Thematik ist die Kultur selbst Thema. Es wird u. a. auf Defizite hingewiesen, die einen Mangel an kulturellem Wissen betreffen, um den aktuellen Verwerfungen im öffentlichen Raum gerecht zu werden. Und es wird darauf hingewiesen, dass sich die Kultur selbst in diesem Prozess ändere. Kultur ist jedoch nicht einfach nur das Resultat von Techniken, Kommunikationsmedien sind ebenso Teil der Kultur. Werden in diesem Sinne die Entstehung und die Entwicklung neuer Kommunikationsformen nicht nur als technische Werkzeuge, sondern auch als kulturelle Errungenschaften begriffen, dann eröffnet sich die Möglichkeit, von der Kommunikation auf die Artikulation als Beschreibungsrahmen umzustellen. Mit Kultur ist derjenige Bereich der Wirklichkeit bezeichnet, in der Menschen sich durch Artikulation zum Ausdruck bringen. Eine solche Artikulation realisiert sich, indem sie historisch informiert ist, sich reflexiv mit Blick auf die Ausbildung von Identität vollzieht und in der Artikulation eine Freiheitsoption erkennt, die Verantwortung erfordert. Es ist lohnend, gerade vor dem Hintergrund der Artikulationsdimensionen von Kultur zu diskutieren, ob und in welchem Sinne angesichts der Entwicklungen in den sogenannten sozialen Medien und angesichts zunehmender populistischer Tendenzen in der Politik solche Artikulationsmöglichkeiten gegeben sind, in welchem Maße sie befördert oder verstärkt werden, oder ob Twitter, Facebook, Instagram u. a. jeweils auf verschiedene Art und Weise

eine so beschriebene Artikulation einschränken. Hier wird auch die Frage nach der Zeit und die Frage nach den Prozessen der Beschleunigung und der Entschleunigung eine Rolle spielen. Artikulation benötigt Zeit; digitale Kommunikation versucht zumindest, ohne sie auszukommen. Wenn auch mit den sozialen Netzwerken die Kommunikationsmöglichkeiten zunehmen, so ist die Frage noch offen, ob die zunehmende Kommunikation auch eine qualitativ verbesserte Artikulation in dem beschriebenen Sinne bedeutet. Die Widerstandsfähigkeit einer liberalen demokratischen Ordnung ist nicht nur auf die Partizipation an Kommunikationsprozessen beschränkt, sie fordert ebenso qualifizierte Artikulation.

2.3 Orientierung und Meinung

Der diagnostizierte Wandel in der Sprach- und Debattenkultur und der damit einhergehende Hinweis auf Orientierungsdefizite ist eng mit dem Konzept der Meinung verbunden – insbesondere dann, wenn die Kommunikationsformen in den digitalen Medien und die Auseinandersetzung mit *Fake News* oder sogenannten alternativen Fakten in den Fokus rücken. „Meinungsbildung“, „Öffentliche Meinung“, „Meinungsfreiheit“, „Meinungsforschung“, „Meinungskonflikte“, „Meinungskorridor“, „Meinungsverlust“, „Meinungsvielfalt“ oder auch „Meinungsdiktatur“ und „Meinungsroboter“ (*social bots*) sind nur einige wenige Beispiele für den unterschiedlichen Gebrauch des Konzepts der Meinung in der öffentlichen Debatte. Noch nie waren Meinungen so präsent, aber noch nie war so unklar, was das Konzept der Meinung unter den gegenwärtigen Bedingungen der digitalen Kommunikation für die menschliche Orientierung und die gesellschaftliche Verständigung bedeutet.

Die Orientierungsdefizite und Meinungsverunsicherungen, die sich durch die fortschreitende Digitalisierung der Kommunikation ergeben, werden dabei ebenso wie mögliche Lösungsansätze unterschiedlich eingeschätzt und bewertet.³ Beispielsweise wird auf Krisen verschiedener Art hingewiesen, wie etwa: eine „Wahrheitskrise“, eine „Diskurskrise“, eine „Autoritätskrise“, eine „Behaglichkeitskrise“ oder eine „Reputationskrise“, die

allesamt eine – in Anlehnung an Thomas Mann gefasste – „große Gereiztheit“ hervorrufen: „Wir sind gereizt, weil wir nicht sicher wissen können, was von dem, was gerade noch als Gewissheit erscheint, eigentlich stimmt und wer Daten und Dokumente aus welchen Gründen und mit welchen Absichten manipuliert. Wir sind gereizt, weil wir im Informationsgewitter und einem medientechnisch produzierten Dauerzustand der Ungewissheit in heller Aufregung nach Fixpunkten und Wahrheiten suchen, die doch, kaum meinen wir, ihrer habhaft geworden zu sein, schon wieder erschüttert und demontiert werden. Und wir sind gereizt, weil zivilisierende Diskursfilter weggebrochen sind, Autoritäten in rascher Folge demontiert werden“. (Pörksen 2018, S. 16) Es liegt nahe, hieran anschließend die Therapie einer solchen Situation in einer „redaktionellen Gesellschaft“ als einem utopischen Entwurf zu suchen, in der „die Grundfragen des Journalismus nach der Glaubwürdigkeit und Relevanz von Information zu einem Element der Allgemeinbildung geworden sind“. (Pörksen 2018, S. 21)

Die Entwicklung von Szenarien – bis hin zu neuen Gesellschaftsentwürfen – hängt freilich davon ab, wie die Ausgangssituation beschrieben wird. Neu, so ein weiterer Hinweis, sei nicht die Informationsflut und eine (vermeintliche) Uninformiertheit, auf die gelegentlich hingewiesen wird, sondern eine Desinformation: „Nun ist die Vorstellung von einer Informationsflut, die Menschen überfordert und deshalb keinen Informationsgewinn bringt, schon älter. Neu ist hingegen die Beobachtung, dass eine Informationsflut aus wahren und unwahren Fakten, Meinungen und gefühlten Wahrheiten die Informiertheit von Bürgern sogar verschlechtern kann. Viele Menschen scheinen dabei aber nicht uninformiert, sondern eher desinformiert.“ (Schweiger 2017, S. VII) Gründe für die Desinformation werden u. a. gesehen in der „granularisierten Verbreitung und Aufnahme isolierter Informationshäppchen“, einer „Pseudo-Informiertheit oder Wissensillusion“ als einer „unheilvollen Kombination aus teilweiser Desinformiertheit und einem übertriebenen Selbstbewusstsein“, einer Verstärkung „individueller Einstellungen in Filterblasen und Echokammern“ oder einer überdurchschnittlichen „Redebereitschaft politisierter und

pseudo-informierter Menschen (Wutbürger)“ in der digitalen Kommunikation. (Schweiger 2017, S. 189) Bildungspolitik, Medienpolitik, Journalismus und die Selbstverantwortung der Bürger sind in einem derartigen Kontext gefragt, um der Desinformation Herr zu werden. Dabei wird auch zu berücksichtigen sein, dass sich die Kommunikation nicht nur ausgedehnt, fragmentiert und in rekursiven Schleifen potenziert hat, sondern auch mobil geworden ist. (Wimmer & Hartmann 2014)

Geht es darum, angesichts sich ändernder Kommunikationsverhältnisse den Begriff der Öffentlichkeit zu sichern, dann sind freilich die Bemühungen älter und sie begleiten die Geschichte der Politischen Philosophie und der Politischen Theorie. Öffentlichkeit als „Form des politischen Bewusstseins“ und als „freier Verkehrsraum des Geistes“ (Gerhardt 2012, S. 494) realisiert sich durch und in der Sprache sowie vermittelt Kommunikation. (Schiewe 2004; Neidhart 1994) Die Geltung des Rechts oder die Autorität von Herrschaft ist auf die Herstellung von Öffentlichkeit als einem neutralen Raum zwischen Staat und Privatsphäre angewiesen, der zugleich Publizität erfordert. Denn Publizität ermöglicht Kritik am Staat und Partizipation an der Willensbildung. Im Begriff der Öffentlichen Meinung, der in Teilen das Erbe der *volonté générale* antritt, die selbst als unterschieden von der *volonté de tous* gefasst wird, und in den Diskussionen um dieses Konzept kondensiert sich die damit angesprochene Problemlage im 20. Jahrhundert. Und nicht zuletzt die Soziologie hat sich hierzu immer wieder kritisch und wegweisend geäußert, indem die Bedingungen diskutiert werden, unter denen Öffentlichkeit und Diskurs gelingen kann. (Tönnies 1922; Tönnies 1923; Plessner 1981; Habermas 1990; Luhmann 1974; Fechner 2005; Merz-Benz 2015)

Wird im Zuge der Diskussionen um den Wandel der Sprach- und Debattenkultur von Orientierungsdefiziten gesprochen und Orientierung wieder eingefordert, dann ist neben dem Konzept der Öffentlichkeit nicht zuletzt dasjenige der Meinung von Bedeutung. Nicht nur die gegenwärtigen Erörterungen in den Kultur-, Geistes- und Sozialwissenschaften über die Sicherheit von Wissen

angesichts der Herausforderungen durch beispielsweise *Fake News* (Sachs-Hombach & Zywiets 2018; Hendricks 2018) oder die Auseinandersetzung mit eruptiven Stimmungswallungen wie dem Shitstorm (Weichert 2014) erfordern eine neuerliche Beschäftigung mit dem Konzept der Meinung. Auch die aktuellen gesellschaftlichen Diskussionen um die Artikulationsmöglichkeiten in den sozialen Medien machen es notwendig, das Konzept der Meinung neu zu verhandeln und theoretisch zu sichern. Ebenso ist die Funktion der Demoskopie unter diesen geänderten Vorzeichen zu diskutieren. Denn jenseits der etablierten Demoskopie eröffnen die sozialen Medien die Möglichkeit einer gleichsam informellen Meinungsforschung durch rekursive Schleifen, die symbolisch oder quantitativ abgebildet werden durch Likes, Postings, Followers oder Seitenaufrufe.

Diese Entwicklungen fordern dazu auf, Klarheit darüber zu gewinnen, was Meinungen sein können und was sie bedeuten. Gegenüber der Erkenntnis und dem Wissen hat die Meinung nicht selten einen schlechten Ruf. (Ptassek et al. 1992) Doch subjektive Weltorientierung und öffentliche Selbstverständigung vollziehen sich in und durch Meinungen; und ohne Meinungen bleiben Wissen und Erkenntnis ohne Grundlage. Nicht zuletzt Hannah Arendt stellt in ihren Analysen zur Verfassung des Politischen immer wieder auf den zentralen Gesichtspunkt ab, dass Öffentlichkeit und Politik grundsätzlich auf dem Konzept der Meinung gründen. (Arendt 1994, S. 327 ff.) Ebenso macht sie bereits in den 1960er Jahren darauf aufmerksam, dass Meinungen manipuliert werden können: „Das organisierte Manipulieren von Tatbeständen und Meinungen ist ein relativ neues Phänomen, mit dem wir im Osten durch das ständige Umschreiben der Geschichte, im Westen durch die Propagandakünste des ‚image making‘ und durch das Verhalten der Staatsmänner nachgerade überall vertraut sind.“ (Arendt 1994, S. 355)

Das Konzept der Meinung ist unter anderem auch deshalb in der gegenwärtigen Diskussion schwer zu fassen, weil es in unterschiedlichen Kontexten situiert wird und diese Kontexte nicht immer geschieden werden. Wird über Meinung gesprochen, so bieten sich unterschiedliche

begrifflichen Konstellationen an, ohne dass diese aber immer explizit werden. Hierzu gehören – um nur einige prominente Beispiele solcher Konstellationen zu nennen – die Verflechtungen zwischen „Meinen“, „Glauben“ und „Wissen“; die Wechselwirkung zwischen „privater Meinung“ und „öffentlicher Meinung“; die Gegenüberstellung von „Meinungen“ mit „Fakten“, die Unterscheidung zwischen „Stimmungen“, „Interessen“ und „Meinungen“, oder auch die Diskussion um „Meinungsfreiheit“ versus „gelenkte Meinung“. Philosophie, Politische Theorie, Soziologie, Kommunikations- und Medienwissenschaften, aber auch die Rechtswissenschaft sind hier in je unterschiedlicher Weise angesprochen und gefordert.

Es führt zu Begriffs- und Interpretationskonflikten, wenn mit Blick auf das Meinungskonzept die Deutungshorizonte und die unterschiedlichen Erkenntnisinteressen nicht getrennt werden. Wird beispielsweise von „privaten Meinungen“ im Unterschied zur „öffentlichen Meinung“ gesprochen und werden dabei Formen der Subjektivität unterschieden, so sind diese Formen der Subjektivität nicht gleichzusetzen mit denjenigen, die beispielsweise in der Differenz von „Meinung“ und „Fakten“ eine Rolle spielen. Auch führt es zu Problemen, wenn das Konzept der Meinung einfach und unvermittelt Fakten gegenübergestellt wird, wenn eigentlich ein spezifisches Wissen um Fakten gemeint ist, das von Meinungen abgegrenzt werden soll. Die Verwendungsweisen des Konzepts der Meinung sind demnach in mindestens zweierlei Hinsicht brisant: Erstens entsteht eine kaum aufzulösende Verwirrung, wenn die jeweiligen Sprachspiele nicht getrennt werden. Zweitens besteht die Gefahr, dass das Konzept der Meinung in den vielfältigen Verschränkungen nicht mehr in seiner eigenständigen Bedeutung und Funktion für die menschliche Selbst- und Weltorientierung sowie für die Konstitution von Öffentlichkeit zu erkennen ist.

Insbesondere die unvermittelte Setzung der Differenz von Fakten und Meinungen ist verführerisch und kurzsichtig. Denn mindestens auf zwei Punkte ist hinzuweisen: Erstens kann darauf aufmerksam gemacht werden, dass es nicht nur einen Typ

von Tatsachen gibt, der nur von einer bestimmten Wissenschaftsform erfasst werden kann, sondern dass man auch sinnvoll von sozialen oder kulturellen Tatsachen sprechen kann, die eigene Zugänge erfordern. Zweitens wird man auch darauf hinweisen dürfen, dass die Bestätigung oder die Widerlegung einer naturwissenschaftlichen Tatsache anderen Regeln folgt als die Einordnung und Bewertung von Tatsachen, wie sie in der Kultur oder der politischen Auseinandersetzung vollzogen wird. An diesem Geschäft sind stets auch andere Akteure beteiligt, nicht zuletzt der Journalismus: „Demokratische Meinungsbildung verlangt mehr als die ‚Bewirtschaftung von Aufmerksamkeit‘, denn politische Urteilskraft beruht letztlich auf der Fähigkeit, Unterscheidungen zu treffen, Wichtiges von weniger Wichtigem zu trennen; fraglos eine Leistung von Qualitätsmedien, denen als ‚Informations-Marken‘ eine wichtige Orientierungsfunktion zukommt.“ (Sarcinelli 2018, S. 120)

Angesichts des vielfältigen und unterschiedlichen Gebrauchs des Konzepts der Meinung und vor dem Hintergrund, dass Meinungen konstitutiv für die menschliche Lebensführung und die öffentliche und politische Debatte sind, stellt sich die Aufgabe zu verstehen, was Meinungen sind und was sie nicht sein können. Die gesellschaftliche Aufklärung des Wissens um Fakten gelingt dann, wenn sie durch eine Aufklärung der Funktion von Meinungen ergänzt wird. Hannah Arendt hat bereits daran gearbeitet, indem sie auf die antike und neuzeitliche Tradition der Philosophie sowie die Phänomenologie zurückgreifen konnte. Hat doch Edmund Husserl bereits in seinen Studien zur Bedeutung der Lebenswelt auf die Notwendigkeit einer Rehabilitierung der Meinung verwiesen (Bermes 2017b; Bermes 2017a), die nicht einfach als der Bereich „von Evidenzen minderen Ranges“ (Husserl 1985, S. 44) verstanden werden kann.

Meinungen können in diesem Sinne als Stellungnahmen begriffen werden, in denen nicht nur die „Sicht auf etwas“ zum Ausdruck kommt, sondern auch die Stellung zu sich selbst, eine Haltung. Es liegt damit im Konzept der Meinung begründet, dass sowohl der Gehalt der Meinung als auch der Träger einer Meinung und seine Position eine

Rolle spielen. Meinungen eröffnen weiterhin eine Struktur der Reziprozität. Mit dem Konzept der Meinung verbindet sich ein Raum wechselseitiger Beziehungen zwischen Menschen. Meinungen sind somit nicht einfach subjektiv, sondern können als relativ eingeschränkte subjektive Stellungnahmen begriffen werden, die stets den Horizont Anderer (und anderer Meinungen) involvieren. Meinungen sind darüber hinaus revisionsfähig, wenngleich die Art solcher Revisionen recht vielfältig sein kann. Wiederum liegt es im Konzept der Meinung begründet, dass Meinungen unterschiedliche Grade von Widerständigkeit zum Ausdruck bringen, jedoch nicht unwiderruflich sind. Und Meinungen sind auf Sprache hin angelegt, insofern sprachliche Ausdrucksmöglichkeit zur Meinung gehört. Diese Ausdrucksfähigkeit selbst ist kein Anhängsel der Meinung, sie gehört zur Meinung.

Die Fortführung solcher Überlegungen kann zu einer Theorie wohlfundierter Meinung führen, die gerade angesichts der gegenwärtigen Verunsicherungen und der Herausforderungen durch die digitale Kommunikation neue Bedeutung gewinnt. Hieran anschließend kann dann die Frage gestellt werden, unter welchen Bedingungen die öffentliche Ausdrucksfähigkeit in einem kommunikativen Prozess gelingen kann und welche technischen und kulturellen Medien Meinungsbildung befördern oder beschneiden – besonders, wenn die Aspekte der Stellungnahme, der Revisionsfähigkeit und der Reziprozität für Meinungen konstitutiv sind. Die Ambivalenz von Twitter-Meldungen kann hierfür exemplarisch angeführt werden. „Jede Twitter-Timeline, jeder Instagram-Beitrag legt heute Zeugnis von der kollektiven Verschlagwortung der Welt ab, die in den sozialen Netzwerken von allen Nutzern betrieben werden kann, als ein schöpferischer Akt, ohne die Einschränkung vorinstallierter Standards oder hierarchisch gestaffelter Zugangsweisen.“ (Bernard 2018, S. 8) Die Ambivalenz zeigt sich nicht zuletzt darin, dass die „verstreuten Stimmen zum Ertönen“ gebracht werden, und gleichzeitig das getilgt wird, „was an ihnen unverrechenbar ist“. (Bernard 2018, S. 82) Zwischen einer „Verschlagwortung der Welt“ durch Hashtags und einer Meinungsbildung in der Welt durch Diskurs und Debatte dürften Unterschiede bestehen,

deren Klärung für den Wandel der Sprach- und Debattenkultur einschlägig ist. Und unter Umständen führt die „Verschlagwortung der Welt“ just zum Ausblenden dessen, was für die Etablierung von Öffentlichkeit unumgänglich ist: wohlfundierte Meinungen.

Auch kann Arendts Hinweis aufgegriffen werden, dass in der Meinungsbildung vermittels der Einbildungskraft ein anderer Standpunkt eingenommen wird, um Meinungsbildung zu ermöglichen. „Eine Meinung bilde ich mir, indem ich eine bestimmte Sache von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachte, indem ich mir die Standpunkte der Abwesenden vergegenwärtige und sie somit repräsentiere. Dieser Vergegenwärtigungsprozess akzeptiert nicht blind bestimmte, mir bekannte, von anderen vertretene Ansichten. Es handelt sich hier weder um Einfühlung noch darum, mit Hilfe der Vorstellungskraft irgend eine Majorität zu ermitteln und sich ihr dann anzuschließen. Vielmehr gilt es, mit Hilfe der Einbildungskraft, aber ohne die eigene Identität aufzugeben, einen Standort in der Welt einzunehmen, der nicht der meinige ist, und mir nun von diesem Standort aus eine eigene Meinung zu bilden.“ (Arendt 1994, S. 342) Es stellt sich die interessante Frage, ob digitale Medien und Medienkompetenz die hier von Arendt beschriebene Fähigkeit der Einbildungskraft befördern oder gar ersetzen können. Unter Umständen gewinnt man in den sozialen Medien einen neuen Standpunkt, aber nicht immer einen Standpunkt in der Welt, der die Standpunkte der Abwesenden mit vergegenwärtigt; und unter Umständen wird etwas ausgedrückt, aber keine Meinung artikuliert.

Obwohl also Meinungen einen durchaus prekären Status besitzen, da sie gleichsam von flüchtig bis fest unterschiedliche Aggregatzustände einnehmen können, sich auf verschiedene Weisen artikulieren und ihnen auch die Korrektur und der Wandel eingeschrieben sind, so vollzieht sich menschliches Leben in und mit Meinungen. Mit Meinungen müssen Menschen umgehen, man kann sie nicht einfach übergehen oder eliminieren. Um hier Orientierung zu gewinnen, wird sich die Frage stellen, wie angesichts des Wandels in der Sprach- und Debattenkultur Medien-

kompetenz zu fassen ist. Denn Takt, Umsicht, Urteilskraft und Klugheit sind unerlässliche Kompetenzen im Umgang mit Meinungen.

Es zeigt sich, dass Meinungsbildung und öffentliche Meinung auf eine Meinungskultur angewiesen sind. Eine „digitale Souveränität“ (Friedrichsen & Peter-J. 2016) bedarf ebenso einer Meinungskultur, um die vernetzte Obdachlosigkeit von Wissensansprüchen zu meistern. 1924 ist Helmuth Plessner bezeichnenderweise in seiner Schrift *Die Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus* auf die „Weisheit des Taktes angesichts“ der „technischen Welt“ mit ihrem eigenen Tempo und ihrem „Telegrammstil“ eingegangen. „Die Weisheit des Taktes: Schonung des anderen um meiner selbst willen, Schonung meiner selbst um des anderen willen, ist der Rechtsgrund – so paradox es klingt – für die grundlosen Zwischenspiele unseres gesellschaftlichen Lebens, für das absolut Überflüssige, mit dem wir das bloß Erträgliche angenehm, spannend und reich gestalten“ (Plessner 1981, S. 109) Einen so gefassten Takt könnte man auch als Medienkompetenz bezeichnen, der daran erinnert, „dass man im Netz zwar vielfältig kommunizieren, aber nicht leben kann“. (Gerhardt 2012, S. 548)

Zwischenfazit

Mit Blick auf die aktuellen Diskussionen, die im Rahmen des diagnostizierten Wandels der Sprach- und Debattenkultur auf einen Orientierungsverlust oder ein Orientierungsdefizit hinweisen, die in den digitalen Medien zum Ausdruck kommen oder die durch diese befördert werden, kann auf folgende Aspekte hingewiesen werden. In der Auseinandersetzung mit Phänomenen wie beispielsweise den *Fake News* wird nicht selten darauf aufmerksam gemacht, dass Fakten an die Stelle von Meinungen treten müssten. Dies insinuiert einen Positivismus des Politischen und verkennt die Rolle von Meinungen. Meinungen spielen für die menschliche Lebensführung eine zentrale Rolle, und politisches Handeln besteht nicht zuletzt im Umgang mit Meinungen – ansonsten könnte eine Meinungsbildung auch nicht gelingen. Wenn dem diagnostizierten Orientierungsverlust entgegengetreten werden soll, so ist es erforderlich, ein adäquates Verständ-

nis von Meinungen wiederzugewinnen. Meinungen sind nicht mit Stimmungen zu verwechseln, sondern zeichnen sich dadurch aus, dass in ihnen Sichtweisen zum Ausdruck kommen, die immer auch andere Sichtweisen zulassen und damit auf Reziprozität angelegt sind. Auch sind Meinungen keine Dogmen, denn zur Artikulation einer Meinung gehört, dass sie revidiert, aufgegeben, verbessert oder adjustiert werden kann. Hieran anschließend stellt sich die Frage, ob alle neuen Kommunikationsmedien eine Meinungsäußerung in dem gerade beschriebenen Sinne ermöglichen. Denn eine Meinung zeichnet sich nicht dadurch aus, dass der eigene Standpunkt fixiert und isoliert wird, sondern dass dieser im Horizont anderer Standpunkte zur Sprache gebracht wird. Weiterhin stellt sich in diesem Kontext die Frage nach der Medienkompetenz neu. Wenn diese nicht beschränkt sein soll auf eine technische Fertigkeit im Umgang mit Medien, sondern insbesondere den Umgang mit Meinungen betrifft, dann rücken klassische Kompetenzen in den Vordergrund. Hierzu zählen Umsicht, Takt, Urteilskraft und Klugheit. In einer liberalen demokratischen Ordnung wird man sich immer auf Fakten beziehen müssen, doch diese ersetzen nicht die Meinung und die Meinungsbildung.

2.4 Krisis der Repräsentation

Wenn auf den Wandel der Sprach- und Debattenkultur aufmerksam gemacht wird, dann sind einerseits die Transformationsprozesse und Veränderungen in der Kommunikation angesprochen, die sich durch die digitalen Medien ergeben, andererseits auch die Auswirkungen, die sich durch populistische Tendenzen in der Politik einstellen. Die Diskussion um den Populismus ist vielfältig ausgeprägt und wird in unterschiedlichen Disziplinen geführt. Hierzu gehören die Politikwissenschaften und die Politische Theorie, die Sozial-, Medien- und Kommunikationswissenschaften und auch die Sprachwissenschaft sowie die Jurisprudenz. (Priester 2007; Priester 2012; Priester 2014; Mudde 2013; Moffitt 2016; Müller 2016b; Müller 2016a; Jörke & Selk 2017; Jörke & Nachtwey 2017; Kaltwasser et al. 2017; Wolf 2018; Manow 2018; Reinemann 2017; Schellhöf 2018)

Die Diversität der Diskussion ist kaum mehr zu bündeln. Dies liegt nicht nur daran, dass Populismus ein internationales Phänomen mit durchaus verschiedenen Facetten ist, es hängt auch von der Entscheidung ab, unter welcher Perspektive der Befund erörtert wird: Versteht man unter Populismus nur ein rhetorisches Mittel; oder steht mit dem Populismus eine neue politische und gesellschaftliche Option zur Diskussion? Ist der derzeitige Populismus nichts anderes als eine neue Form der Elitenkritik, die auf historische Vorläufer zurückgreift; oder inszenieren sich unter dem Deckmantel des Populismus nur alte Eliten neu? Vertritt der Populismus nur neue Formen direkter Demokratie und bringt sie in die bestehende Ordnung ein; oder wird die repräsentative Demokratie mit all ihren Institutionen in Frage gestellt? Ist der Populismus eine Reaktion von – wie man es überaus unglücklich nennt – „abgehängten Gesellschaftsschichten“, die sich wieder Gehör verschaffen wollen; oder ist der Populismus vielmehr als ein Werkzeug anzusehen, um bestimmte Teile der Gesellschaft zu instrumentalisieren und zu führen? Reagiert der Populismus nur darauf, dass sich in den etablierten Institutionen der politischen Meinungsbildung Formen der Korrektheit eingestellt haben, deren Begründung und Nachvollziehbarkeit fraglich ist; oder setzt der Populismus nur eine neue Form einer ebenso unbegründeten Korrektheit an die Stelle einer anderen? Wird mit dem Populismus auf ein Wirklichkeitsverständnis der sozialen Welt rekurriert, das dem Konstruktivismus entgegengestellt wird; oder ist im Populismus selbst eine radikale Form der gesellschaftlichen Konstruktion am Werk?

Die angeführten Fragekonstellationen lassen sich durchaus weiter ausführen und spezifizieren. Es ist ein wichtiges Unterfangen, in all diesen Punkten Klarheit zu erlangen und die Dinge beim Namen zu nennen, worauf auch jüngst Andreas Voßkuhle besonders aufmerksam machte. (Voßkuhle 2018, S. 121) Als Kriterien zur Bestimmung des Populismus listet Voßkuhle u. a. einen manifesten Anti-Pluralismus, einen radikalen politischen Wahrheitsanspruch, eine maßgebliche Idee von Einheit und Homogenität des Volkes, einen Alleinvertretungsanspruch des richtungsweisenden

politischen Willens, die Funktionalisierung des politischen Mandats als unmittelbaren Auftrag und die Einhegung wirksamer Opposition auf.

Einschlägig mit Blick auf die Auseinandersetzung um den Populismus ist ebenso die Frage nach der Form und der Funktion von politischer Repräsentation. (Linden & Thaa 2011; Alonso 2011; Horster 2008; Michelsen 2013; Tormey 2015; Diehl 2016; Diehl & Steilen 2016) Angesichts der Tatsache, dass das Konzept der Repräsentation für die politische Theoriebildung als Wesenskern anzusehen und begrifflich sowie systematisch in der juristischen und politischen Tradition tief verwurzelt ist (Hofmann 1998), verwundert es nicht, dass Krisen, die die Repräsentation betreffen, in unterschiedlicher Weise konzeptualisiert werden: Sie können beispielsweise die Akzeptanz, die Steuerung oder die Legitimation betreffen. Politikverdrossenheit, zurückgehende Wahlbeteiligung oder Vertrauensverlust in die politische Führung können dabei als Indizien für eine Repräsentationskrise angesehen werden. Diese kann sich noch einmal verschärfen, wenn beispielsweise Teile der aktuellen Protestbewegungen erst gar nicht mehr das Ziel verfolgen, adäquat Gehör zu finden, also nach Repräsentation streben, sondern die Repräsentation selbst ablehnen. Dies kann sogar zu der geradezu paradoxen Situation führen, dass zwar die Partizipation an der politischen Ordnung abgelehnt wird, die Erwartung an staatliche Regelungen aber umso größer sind. Weiterhin ist im Kontext der Repräsentation zu beachten, wie die politischen Akteure selbst wahrgenommen werden wollen (Wiesenhütter 2016) und welche Konsequenzen dies für die Nichterfüllung von Repräsentationserwartungen von dieser Seite aus hat.

Im Rahmen der Auseinandersetzung mit populistischen Tendenzen in der Politik und mit Blick auf den Wandel der Sprach- und Debattenkultur liegt es daher nahe, auf die Repräsentation zu sprechen zu kommen. Gegenwärtig wird der Ausdruck „Krise“ vergleichsweise inflationär benutzt, um auf Veränderungen im politischen Repräsentationsgefüge hinzuweisen. (Merkel 2015) Die Krisendiagnosen sind dabei nicht nur vielfältig, der Ausdruck selbst ist auch verführerisch, da er verschiedene Konnotationen mit sich führt und

durchaus einige manifeste Erwartungen weckt. Es könnte der Eindruck entstehen, dass eine demokratische Ordnung auf politische Krisen mit deren Ausschluss reagieren müsste, während es doch um ein Meistern derselben geht. Im Folgenden soll daher zumindest ein wenig zurückhaltender nicht von „Krise“, sondern von „Krisis“ als einem Trennen oder Scheiden gesprochen werden, um die Sachlage zu fassen.

Repräsentation ist ein grundsätzliches Thema in den Kultur- und Sozialwissenschaften. (Weiß 1998; Berg & Martin 1993) In der Politischen Theorie ist sie der zentrale Ankerpunkt der Theoriebildung und der Analyse politischer Ordnungen. Zum logischen Kern der politischen Repräsentation dürfen mindestens zwei Momente gezählt werden: Erstens die Stellvertretung und zweitens die mediale oder symbolische Vermittlung. *Stellvertretung* lässt sich in dem Sinne verstehen, dass „im Namen von Anderen“ und „im Angesicht von Anderen“ das Wort ergriffen und gehandelt wird. Für die Politische Theorie und die Tradition der Auseinandersetzung um das Konzept der Repräsentation entstehen daraus wichtige Fragen, die u. a. die Legitimation der Stellvertretung, die Beschränkung der Machtausübung oder das Objekt und das Subjekt der Stellvertretung betreffen. *Symbolische Vermittlung* besagt, dass sich die Stellvertretung in Ordnungen des Symbolischen verwirklicht, wozu neben Institutionen auch – aber nicht nur (Diehl & Steilen 2016) – die Sprache gehört. Repräsentation vollzieht sich in Medien, nicht zuletzt im Medium der Sprache. Die Sprache als Medium schafft nicht nur Öffentlichkeit, sie vermittelt auch Distanz im Prozess der Stellvertretung.

Trennen sich die Momente der Stellvertretung und der Vermittlung, so kommt es in zweierlei Hinsichten zu – wie man es nennen könnte – Kurzschlüssen, die in populistischen Tendenzen der Politik zum Ausdruck kommen.

Der *erste* Kurzschluss bezieht sich auf das Moment der Stellvertretung. Wird Stellvertretung nicht mehr durch Medien vermittelt, sondern durch Kommunikationstechniken kanalisiert, werden also Öffentlichkeit und öffentlicher Diskurs, die Distanz schaffen, eliminiert, dann realisiert

sich Stellvertretung als Gefolgschaft. Die politische Führung spricht nicht „im Namen von Anderen“ und „im Angesicht von Anderen“, sie setzt sich an die Stelle des Ganzen und ruft dieses Ganze (als Volk) auf. Der *zweite* Kurzschluss bezieht sich auf das Moment der Vermittlung. Wird die politische und öffentliche Sprache funktional aus der Logik der Stellvertretung gelöst, dann reduziert sie sich auf die Kundgabe und Wiederholung von Stimmungen und Affekten. Symbolische Vermittlung ist dann keine Vermittlung im eigentlichen Sinne mehr, sondern Verstärkung und Übertragung. An die Stelle von Diskurs und Kritik tritt hier – wie man es nennen könnte – eine Art sich selbst verstärkender Prozess der Ansteckung von Sprachbildern oder Sprachaffekten.

Im Unterschied zur Rhetorik, die Wirkungen erzielt, indem das sprachliche Spiel der Vermittlung im Horizont der Stellvertretung virtuos und kunstvoll eingesetzt wird, die Rhetorik das Spiel jedoch „durchschaubar hält“ (Blumenberg 1986, S. 112), kann Demagogie so gefasst werden, dass das sprachliche Spiel der Vermittlung auf Ausdruck und Expressivität reduziert wird und sich nicht mehr im Horizont der Stellvertretung – und damit jenseits von Öffentlichkeit und Kritik – etabliert.

Ernst Cassirer, der 1929/30 der Universität Hamburg als Rektor vorstand und 1933 zuerst nach Oxford und dann nach Göteborg ins Exil ging, um 1941 in die USA zu übersiedeln, kommt 1946 in seiner Arbeit *The Myth of the State* explizit auf einen Sprachwandel zu sprechen, der die Repräsentation ausblendet: „Wenn ich heutzutage ein deutsches Buch aus den letzten zehn Jahren lese, kein politisches, sondern ein theoretisches Buch, ein Werk über philosophische, historische oder ökonomische Probleme, so finde ich zu meinem Erstaunen, daß ich die deutsche Sprache nicht mehr verstehe. Neue Worte sind geprägt worden; und selbst die alten sind in einem neuen Sinne verwendet; sie haben einen tiefen Bedeutungswandel durchgemacht.“ (Cassirer 1994, S. 369) Cassirer macht deutlich, dass der Bedeutungswandel darin gründet, dass das „magische Wort“ „die Oberhand über das semantische Wort“ gewonnen habe. Und er erläutert die Unter-

scheidung zwischen den beiden Verwendungsweisen folgendermaßen: Das „magische Wort“ „benennt nicht Dinge oder Beziehungen zwischen Dingen; es versucht Wirkungen hervorzubringen und den Lauf der Natur zu ändern“. Und er führt weiter aus: „Seltsam genug, all dies kehrt in unserer modernen Welt wieder. Wenn wir unsere modernen politischen Mythen und den Gebrauch, der von ihnen gemacht wurde, studieren, so finden wir in ihnen zu unserer großen Überraschung nicht nur eine Umwertung aller unserer ethischen Werte, sondern auch eine Umformung der menschlichen Sprache.“ (Cassirer 1994, S. 368 f.)

Was Cassirer hier als Ersetzung des „semantischen Worts“ „im Angesicht von Anderen“ durch das „magische Wort“ „im Angesicht von Anderen“ nennt, kann illustrieren und verständlich machen, was eine *Krisis der Repräsentation* im Bereich der öffentlichen und politischen Sprache bedeuten kann. Es handelt sich weniger um eine „Verrohung der Sprache“, sondern vielmehr um einen sprachlichen Funktionswandel, in dem sich Stellvertretung und Vermittlung entkoppeln und Sprache ihre öffentliche Funktion verliert. Hier spielen dann Verbindlichkeit, Artikulation und Meinung nicht mehr die Rolle, die für die politische und öffentliche Sprache im Gefüge der Repräsentation entscheidend sind.

Zwischenfazit

Wenn dem diagnostizierten Orientierungsverlust entgegengetreten werden soll, so ist es erforderlich, ein adäquates Verständnis von Meinungen wiederzugewinnen. Meinungen sind nicht mit Stimmungen zu verwechseln, sondern zeichnen sich dadurch aus, dass in ihnen Sichtweisen zum Ausdruck kommen, die immer auch andere Sichtweisen zulassen und damit auf Reziprozität angelegt sind. Auch sind Meinungen keine Dogmen, denn zur Artikulation einer Meinung gehört, dass sie revidiert, aufgegeben, verbessert oder adjustiert werden kann. Hieran anschließend stellt sich die Frage, ob alle neuen Kommunikationsmedien eine Meinungsäußerung in dem gerade beschriebenen Sinne ermöglichen. Denn eine Meinung zeichnet sich nicht dadurch aus, dass der eigene Standpunkt fixiert und isoliert wird, sondern dass dieser im Horizont anderer Stand-

punkte zur Sprache gebracht wird. Weiterhin stellt sich in diesem Kontext die Frage nach der Medienkompetenz neu. Wenn diese nicht beschränkt sein soll auf eine technische Fertigkeit im Umgang mit Medien, sondern insbesondere den Umgang mit Meinungen betrifft, dann rücken klassische Kompetenzen in den Vordergrund. Hierzu zählen Umsicht, Takt, Urteilskraft und Klugheit. In einer liberalen demokratischen Ordnung wird man sich immer auf Fakten beziehen müssen, doch diese ersetzen nicht die Meinung und die Meinungsbildung.

-
- 1 Zur Geschichte der Sprachkritik ab den 1970er Jahren des 20. Jahrhunderts von der Political Correctness, über die feministische Sprachkritik bis hin zur Genderlinguistik vgl. Jörg Kilian & Thomas Niehr & Jürgen Schiewe, Sprachkritik. Ansätze und Methoden der kritischen Sprachbetrachtung (2. Aufl.; Berlin/Boston: Walter de Gruyter, 2016), S. 38 ff.
 - 2 Das *Handbuch Politische Rhetorik* ist zur Veröffentlichung für Mitte 2019 vom Verlag angekündigt. Vgl. Armin Burkhardt (Hrsg.), *Handbuch Politische Rhetorik* (Berlin/Boston: Walter de Gruyter, 2019). Vgl. ebenso Detlef Grieswelle, *Politische Rhetorik. Macht der Rede, öffentliche Legitimation, Stiftung von Konsens* (Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag, 2000).
 - 3 Hingewiesen werden kann auch auf die durchaus unterschiedlichen Einschätzungen und Perspektiven, die in der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft formuliert werden. Die Enquete-Kommission tagte von 2010 bis 2013 und behandelte die Themen Medienkompetenz, Urheberrecht, Netzneutralität, Datenschutz, Persönlichkeitsrecht, Bildung und Forschung, Wirtschaft, Arbeit, Green IT, Demokratie und Staat. Vgl.: Enquete-Kommission, *Schlussbericht. Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft*, (Deutscher Bundestag, 2013).

3.

Perspektiven
und Zusammen-
fassung

3. Perspektiven und Zusammenfassung

Wandel der Sprach- und Debattenkultur: Umwege ermöglichen und gestalten

Wie kann man der *Krisis der Repräsentation* begegnen? Wie können die mit den Begriffen *Verbindlichkeit, Artikulation und Meinung* konturierte Problemfelder bearbeitet werden? Hier liegen einige Schlagworte parat: „Zusammenhalt“, „Gemeinschaft“, „Einheit“ konkurrieren mit „Diversität“, „Heterogenität“ und „Differenz“. Solche Schlagworte versprechen Lösungen: Einem Auseinandertreten lässt sich begegnen, indem das Getrennte vereint oder aber der Unterschied stilisiert wird. Doch beide Optionen sind nichts anderes als Verkürzungen. Und es dürfte auch kein Zufall sein, dass solche Verkürzungen wiederum zu Dogmen und nicht selten zu Ideologie führen – und darüber hinaus kein Problem lösen.

Auf eine weitere Metaphorik, die ihre Wirkungen implizit entfaltet, macht Thomas Thiel aktuell aufmerksam, indem er fragt: „Unsere Debattenkultur liegt im Fieber. Gespräche werden verweigert, abweichendes Denken wird als ‚toxisch‘ ausgegrenzt. Woran liegt das?“ Seine Antwort: „Politische und ökonomische Ziele sind am besten erreichbar, indem man mit medizinischen Zielen argumentiert. Eine Nebenfolge war das Eindringen von pathologischen Metaphern in den politischen Diskurs.“ (Thiel 2019) Und diese Metaphorik kennt keine Unterscheidung zwischen politischen Lagern, sie findet sich sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite.

Jenseits von Dogmatik und Pathologie bleibt noch eine andere Option, wie mit den Befunden umgegangen werden kann. Und diese besteht darin, auf ein Wesensmerkmal zurückzukommen, das die Kultur und die Repräsentation auszeichnet: den Umweg. Umwege mögen länger dauern und anstrengender sein. Doch Umwege

schaffen Verbindungen, auf denen es mehr zu entdecken gibt und auf denen man tatsächlich Neues finden kann. Zudem scheint der Umweg auch schlicht der Weg des Humanen zu sein, worauf Hans Blumenberg hinwies: „Nur wenn wir Umwege einschlagen, können wir existieren. Gingen alle den kürzesten Weg, würde nur einer ankommen.“ (Blumenberg 2017, S. 137)

Verbindlichkeit, Artikulation und Meinung markieren in diesem Sinne mögliche Perspektivenwechsel, in denen die aufgeworfenen Problemstellungen neu verhandelt werden können. Sie zeigen Umwege auf, die es erlauben, sowohl einer Dogmatik als auch einer Pathologisierung zu entgehen. Im Falle der Beschreibung und Analyse der öffentlichen und politischen Sprache wird in diesem Sinne umgestellt von Akzeptanz auf die komplexe Struktur von Verbindlichkeit. Hinsichtlich der kulturellen Verständigung steht Artikulation im Unterschied zu Kommunikation im Vordergrund. Und mit Blick auf die Frage nach der Orientierung rückt das Konzept der Meinung in den Fokus, weniger das der Fakten. Ein solcher Perspektivenwechsel könnte auch dazu beitragen, den Blick auf die digitalen Medien und die unterschiedlichen Kommunikationsformen zu variieren. Denn es könnte sich zeigen, dass weniger die Fragmentierung von Information oder die Überlastung mit Informationspartikeln ein Problem darstellt, als vielmehr die Illusion, dass die Verkürzung und das Ausschalten von Umwegen schneller zum Ziel führt. Letzteres mag in einigen Lebensbereichen vielleicht gelingen, es kann jedoch nicht die Maxime einer liberalen demokratischen Verfassung sein. Dies ist aufgerufen, Umwege anzuerkennen, immer wieder neu zu gestalten und zu gehen.

Im Folgenden sollen noch einmal einige Aspekte des vorgeschlagenen Perspektivenwechsels zusammengefasst werden.

3.1 Sprache und Verbindlichkeit

In den kritischen Stellungnahmen zum Sprachgebrauch in den sozialen Medien und zur Sprachverwendung in populistischen Bewegungen wird nicht selten darauf aufmerksam gemacht, dass sich die Kommunikationsformen deutlich spürbar verändert haben. Persönliche Anfeindungen oder Schmährungen und Beschimpfungen von Einzelnen oder Gruppen sind nicht mehr die Ausnahme. Und schillernd vieldeutige Wortschöpfungen und Wortverwendungen werden gezielt platziert, um Unruhe zu erzeugen. Gleichzeitig bieten die digitalen Kommunikationsmedien verschiedene Möglichkeiten, diese Sprachentwicklung nicht nur zu beobachten und sichtbar zu machen, sondern auch zu bewerten. Sprachentwicklung und Sprachgebrauch stehen im Kontext moderner Kommunikationsformen unter einer Dauerbeobachtung und ebenso unter einer fortwährenden Bewertung.

Umso wichtiger ist es, sich über die Bedingungen Klarheit zu verschaffen, unter denen die politische Sprache beschrieben und bewertet werden kann. Dies gelingt, wenn den normativen Bedingungen des Sprachgebrauchs Rechnung getragen und deutlich wird, dass Sprache zwar zu vielfältigen Zwecken eingesetzt werden kann, immer aber auch den Sprecher selbst qualifiziert. Ein manipulativer Sprachgebrauch im politischen Feld zeigt sich dann, wenn konkurrierende und andere Meinungen durch eine Sprachmanipulation ausgeschaltet werden sollen. Damit wird zugleich die für die politische Sprache konstitutive Funktion der Öffentlichkeit eingeklammert. Ein instrumenteller Sprachgebrauch zeigt sich demgegenüber daran, dass mit Hilfe der Sprache Akzeptanz geschaffen, Zustimmung erhöht oder Interessen artikuliert werden. Ein solcher Sprachgebrauch rechnet mit anderen Positionen und vollzieht sich in der Öffentlichkeit. Im politischen Diskurs und der parlamentarischen Debatte zeigt sich ein politisch-praktischer Sprachgebrauch, der nicht nur mit der politischen Öffentlichkeit rechnet, sondern sie stiftet. Diskurs, Debatte und Kritik, die die politische Debatte auszeichnen, stehen dabei unter der Bedingung der Verbindlichkeit: der Verbindlichkeit von Regeln, der Verbind-

lichkeit von Sprechern, der Verbindlichkeit einer Sprachgemeinschaft und auch der Verbindlichkeit von Überzeugungen (die nicht immer artikuliert werden können). Es ist zu fragen, ob solche Verbindlichkeiten ausgeschaltet oder eingeklammert werden, wenn in digitalen Medien Kommunikation zwar im hohen Maße sichtbar wird, die Sprecher und die Sprachpraxis jedoch unsichtbar werden. Dies kann zu der Autosuggestion führen, dass Sprache ein individuelles Kommunikationsmittel ist, das nach Belieben gestaltet werden kann. Dies allerdings erweist sich als eine durchaus brisante Autosuggestion, da Sprache nicht der Besitz einzelner ist.

3.2 Kultur und Artikulation

In den Medien der Kultur (Sprache, Kunst, Wirtschaft, Recht etc.) gestalten Menschen ihre Welt und kommen auf sich selbst zurück, indem sie in dieser Gestaltung sich und der Welt eine Form geben. Das Internet und die Möglichkeiten digitaler Vernetzung von Kommunikation sind ebenso Teil der kulturellen Entwicklung des Menschen. Wie in den anderen Medien wird auch hier ein Freiheitsversprechen artikuliert. Natürliche Begrenzungen der Kommunikation werden überwunden und neue Kommunikationsmöglichkeiten eröffnen sich. Gerade dieses Freiheitsversprechen erfordert aber wie alle anderen Freiheitsversprechen Verantwortung.

Damit ist ein zweiter Aspekt von Kultur angesprochen. Kultur realisiert sich nicht einfach als Kommunikation, sondern in der Artikulation. Artikulation bedeutet in diesem Rahmen, ebenso die Entwicklung eines qualitativen Selbst- und Weltbezugs, der um seine historische Stellung, um seine soziale Verflechtung und seine Responsivität anderen gegenüber weiß. Das Freiheitsversprechen der sozialen Netzwerke erfordert Verantwortung in diesem Sinne. Eine solche Verantwortung lässt sich kaum auf die Kommunikationsmedien als Techniken übertragen, sie liegt bei denjenigen, die nicht nur kommunizieren, sondern sich in den Medien artikulieren.

3.3 Orientierung und Meinung

Im Kontext der Diskussionen um den Wandel der Sprach- und Debattenkultur werden üblicherweise Orientierungsdefizite ausfindig gemacht, indem auf den Verlust von orientierenden Rahmen oder Maßstäben – beispielsweise in der digitalen Kommunikation – hingewiesen wird und Fakten als Bezugspunkte herausgestellt werden. Dies scheint gegenwärtig zu kurz gegriffen. Denn nicht Fakten und Maßstäbe sind das Problem, vielmehr ist das Konzept der Meinung unklar geworden.

Nicht nur in den Diskussionen um *Fake News* oder „alternative Wahrheiten“ begegnet man der nicht immer ausgesprochenen These, dass zwischen diesen Phänomenen und Meinungen kein Unterschied bestehe. Eigentlich bestehe nur ein Unterschied zwischen *Fake News*, „alternativen Wahrheiten“ und Meinungen auf der einen Seite zu Fakten und wissenschaftlichen Wahrheiten auf der anderen Seite. Diese Dichotomie ist nicht nur zu einfach, sie ist auch gefährlich, und sie dürfte zum Erstarken populistischer Tendenzen in der Politik mit beigetragen haben.

Denn Meinungen sind keine *Fake News*, sondern in und mit Meinungen führen Menschen ihr Leben, und politische Meinungsbildung ist ohne ein Reservoir von Meinungen kaum vorstellbar. Das Konzept der Meinung unterscheidet sich aber von anderen Äußerungen oder Einstellungen – beispielsweise von Stimmungen. Denn in und mit Meinungen wird eine Position und eine Haltung eingenommen, und mit der Meinung als Sichtweise ist auch deutlich, dass Meinungen im Horizont anderer Meinungen stehen und artikuliert werden. Damit gründen und etablieren Meinungen reziproke Verhältnisse zwischen Menschen, in denen unterschiedliche Meinungen aufeinander bezogen sind. In diesem Sinne wird zu prüfen sein, ob Äußerungen auf digitalen Plattformen stets als Meinungsäußerungen angesehen werden können. Wenn Meinung in dem beschriebenen Sinne verstanden wird, dann gehören zur Medienkompetenz neben dem Beherrschen von Techniken die klassischen Kompetenzen, wie mit Meinungen umgegangen werden kann. Dies sind Takt, Urteilskraft, Umsicht und Klugheit.

3.4 Krisis der Repräsentation

Im Zuge der Diskussion um den Wandel der Sprach- und Debattenkultur rückt ebenso die Idee und Wirklichkeit der (politischen) Repräsentation ins Zentrum. Zur Repräsentation gehört das Zusammenspiel von Stellvertretung und Vermittlung. Stellvertretung besagt, dass „im Namen von Anderen“ und „im Angesicht von Anderen“ das Wort ergriffen und gehandelt wird. Vermittlung besagt, dass sich Stellvertretung in Institutionen und symbolischen Ordnungen realisiert, die ein Wechselspiel von Verschränkungen, Perspektivierungen und Distanzierungen ermöglichen. Wird im Zuge der zeitdiagnostischen Bewertung eines Wandels in der Sprach- und Debattenkultur auf Prozesse der Radikalisierung hingewiesen, so betreffen diese Entwicklungen die Idee und Wirklichkeit der Repräsentation. Denn es wird „im Namen der Richtigen“ und nicht mehr „im Namen der Anderen“ und „im Angesicht von Anderen“ gesprochen. Und symbolische Vermittlung besagt nicht mehr die Öffnung eines Diskursraums, sondern die Schließung desselben.

Zum Autor

Prof. Dr. Christian Bermes lehrt an der Universität Koblenz-Landau am Institut für Philosophie und ist Sprecher des Forschungsschwerpunktes „Kulturelle Orientierung und normative Bindung“.

Bibliographie

- A** Allerkamp, Andrea & Raulet, Gérard (Hrsg.) (2010), *Kulturwissenschaften in Europa – eine grenzüberschreitende Disziplin?* (Münster: Westfälisches Dampfboot)
- Alonso, Sonia e. a. (Hrsg.), (2011), *The Future of Representative Democracy* (Cambridge: Cambridge University Press)
- Arendt, Hannah (1994), *Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I* (München/Zürich: Piper).
- B** Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband, BLLV (2016), „Manifest: Haltung zählt.“. <https://www.bllv.de/themen/weitere-themen/haltung-zaehlt/das-manifest/>, aufgerufen am 07.02.2019.
- Berg, Eberhard & Martin, Fuchs (Hrsg.) (1993), *Kultur, soziale Praxis, Text. Die Krise der ethnographischen Repräsentation* (Frankfurt/M.: Suhrkamp).
- Bermes, Christian (1999), *Sprachphilosophie* (Freiburg i. Br.: Alber).
- › (2006), „Ein Abgrund des Sinnes? Die Möglichkeit von Wissen im Medium der Sprache“, in: Georg W. Bertram; David Lauer; Jasper Liptow & Martin Seel (Hrsg.), *Die Artikulation der Welt. Über die Rolle der Sprache für das menschliche Denken, Wahrnehmen und Erkennen* (Frankfurt/M.: Humanities Online), 149–70.
 - › (2007), „Die Grenzen des Wissens und die Bedeutung des Lebens. Wittgensteins Überlegungen in Über Gewissheit im Kontext der Anthropologie und Kulturphilosophie“, in: Ralf Konersmann (Hrsg.), *Leben denken – Kultur denken* (Freiburg i. Br. : Alber), 250–70.
 - › (2014a), „Die Erkundung der Moralität. Schelers Grundlegung der Ethik“, in: Christian Bermes (Hrsg.), *Max Scheler: Der Formalismus in der Ethik und die materiale Wertethik* (Hamburg: Meiner), 11–30.
 - › (2014b), „Deutung oder Praxis? Die Tatsachen der Kultur und Wittgensteins Kulturphilosophie“, in: Christian Krijnen; Massimo Ferrari & Pierfrancesco Fiorato (Hrsg.), *Kulturphilosophie. Probleme und Perspektiven des Neukantianismus* (Würzburg: Königshausen & Neumann), 85–101.
 - › (2017a), „Die Lebenswelt“, in: Sebastian Luft & Maren Wehrle (Hrsg.), *Husserl Handbuch. Leben – Werk – Wirkung* (Stuttgart: Metzler), 230–36.
 - › (2017b), „Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie (Husserl)“, in: Sebastian Luft & Maren Wehrle (Hrsg.), *Husserl Handbuch. Leben – Werk – Wirkung* (Stuttgart: Metzler), 97–104.

- › (2019), „Verbindlichkeit. Stärken einer schwachen Normativität“, in: Michaela Bauks; Christian Bermes; Thomas Schimmer; Jan Schneider & Marion Steinicke (Hrsg.), *Verbindlichkeit. Stärken einer schwachen Normativität* (Bielefeld: Transcript), im Druck.

Bernard, Andreas (2018), *Das Diktat des Hashtags. Über ein Prinzip der aktuellen Debattenbildung* (Frankfurt/M.: Fischer).

Berning, Cornelia (1964), *Vom „Abstammungsnachweis“ zum „Zuchtwart“. Vokabular des Nationalsozialismus* (Berlin: Walter de Gruyter & Co).

Beyer, Marcel (2018), „Tabu. Zur geistigen Situation unserer Zeit. Vortrag am 26.05.2018 im Rahmen der Tagung „Brauchen wir einen neuen Gesellschaftsvertrag?““, http://www.sadk.de/downloads/Marcel%20Beyer.%20Vortrag%2026.5.2018.%20Tabu.%20Zur%20geistigen%20Situation%20unserer%20Zeit_22.pdf, aufgerufen am 07.02.2019.

Beyer, Marcel & Preiwuß, Kerstin (2018), „‘Es geschieht mit tückischer, latenter Allmählichkeit‘ Interview vom 01.10.2018 mit Marcel Beyer und Kerstin Preißwuß, geführt von Andrea Gerk“. https://www.deutschlandfunkkultur.de/verrohung-der-oeffentlichen-sprache-es-geschieht-mit.1270.de.html?dram:article_id=429444, aufgerufen am 07.02.2019.

Blumenberg, Hans (1986), „Anthropologische Annäherung an die Aktualität der Rhetorik“, in: Hans Blumenberg (Hrsg.), *Wirklichkeiten in denen wir leben. Aufsätze und eine Rede* (Stuttgart: Reclam), 104–36.

- › (2017), *Die Sorge geht über den Fluß* (Frankfurt/M.: Suhrkamp).

Böke, Karin; Liedtke, Frank & Wengeler, Martin (Hrsg.) (1996), *Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Mit einem Beitrag von Dorothee Dengel* (Berlin/New York: Walter de Gruyter).

Burkhardt, Armin (Hrsg.), (2019), *Handbuch Politische Rhetorik* (Berlin/Boston: Walter de Gruyter).

Burkhardt, Armin & Pape, Kornelia (Hrsg.) (2000), *Sprache des deutschen Parlamentarismus. Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation* (Opladen: Westdeutscher Verlag).

- C Cassirer, Ernst (1994), *Der Mythos des Staates. Philosophische Grundlagen politischen Verhaltens* (Frankfurt/M.: Fischer).
- › (2007), *Versuch über den Menschen. Einführung in eine Philosophie der Kultur* (2. Aufl.; Hamburg: Meiner).

- D** Deutsche Psychotherapeutenvereinigung, DBtV (2018), „Macht Sprache Gewalt“. <https://www.deutschepsychotherapeutenvereinigung.de/gesundheitspolitik/aktuelle-meldungen/news-bund/news/macht-sprache-gewalt-eine-diskussion/>, aufgerufen am 07.02.2019.
- Diehl, Paula (2016), „Demokratische Repräsentation und ihre Krise“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 66/40–42 (2016), 12–17.
- Diehl, Paula & Steilen, Felix (Hrsg.) (2016), *Politische Repräsentation und das Symbolische. Historische, politische und soziologische Perspektiven* (Wiesbaden: Springer).
- Diekmannshenke, Hajo & Klein, Josef (Hrsg.) (1996), *Wörter in der Politik. Analysen zur Lexemverwendung in der politischen Kommunikation* (Opladen: Westdeutscher Verlag).
- Diekmannshenke, Hajo & Meißner, Iris (Hrsg.) (2001), *Politische Kommunikation im historischen Wandel* (Tübingen: Stauffenburg).
- Dorn, Thea (2018), *deutsch, nicht dumpf. Ein Leitfaden für aufgeklärte Patrioten* (München: Albrecht Knaus).
- E** Enquete-Kommission (2013), „Schlussbericht. Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft“. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/125/1712550.pdf>, aufgerufen am 02.02.2019.
- F** Fechner, Rolf e. a. (Hrsg.), (2005), *Öffentliche Meinung zwischen neuer Wissenschaft und neuer Religion* (München/Wien: Profil).
- FLI „Frank-Loeb-Institut“. <https://www.uni-koblenz-landau.de/de/landau/fb6/fli>, aufgerufen am 10.02.2019.
- Friedrichsen, Mike & Peter-J., Bisa (Hrsg.) (2016), *Digitale Souveränität. Vertrauen in der Netzwerkgesellschaft* (Wiesbaden: Springer VS).
- Fukuyama, Francis (2019), *Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet* (2. Aufl.; Hamburg: Hoffmann und Campe).
- G** Gerhardt, Volker (2012), *Öffentlichkeit. Die Form des politischen Bewusstseins* (München: C. H. Beck).
- Girnth, Heiko; Hofmann, Andy Alexander (2016), *Politolinguistik* (Hedelberg: Winter).
- Grieswelle, Detlef (2000), *Politische Rhetorik. Macht der Rede, öffentliche Legitimation, Stiftung von Konsens* (Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag).

Grünbein, Durs (2017), „Das Wort Volk macht mich nervös‘ Interview vom 26.08.2017 mit Durs Grünbein, geführt von Christiane Hoffmann und Britta Stuff“, in: *Der Spiegel*, 35 (2017) 26.08.2017, 40–42.

- › (2018), „Das ist sprachliche Aufrüstung, die zu Gewalt führen wird.“ Durs Grünbein über die Verrohung der Sprache. Interview vom 05.06.2019 mit Durs Grünbein, geführt von Andrea Gerke“. https://www.deutschlandfunkkultur.de/durs-gruenbein-ueber-die-verrohung-der-sprache-das-ist.1270.de.html?dram:article_id=419600, aufgerufen am 05.02.2018.
- › (2019), „Wie aus Sprache gewalt wird.“, in: *Die Zeit*, 3 (2019) 10.01.2019, 39.

H Habeck, Robert (2018), *Wer wir sein könnten. Warum unsere Demokratie eine offene und vielfältige Sprache braucht* (3. Aufl.; Köln: Kiepenheuer & Witsch).

Habermas, Jürgen (1981), *Theorie des kommunikativen Handelns, Band 1: Handlungs-rationalität und gesellschaftliche Rationalisierung; Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft* (Frankfurt/M.: Suhrkamp).

- › (1990), *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (6 Aufl.; Frankfurt/M. 2010).

HBI „Leibniz-Institut für Medienforschung / Hans-Bredow-Institut“. <https://www.hans-bredow-institut.de/de>.

Hendricks, Vincent; Vestergaard Mads (2018), *Postfaktisch. Die neue Wirklichkeit in Zeiten von Bullshit, Fake News und Verschwörungstheorien* (München: Karl Blessing).

Hepp, Andreas e. a. (Hrsg.), (2015), *Handbuch Cultural Studies und Medienanalyse* (Wiebaden: Springer VS).

Heringer, Hans Jürgen; Wimmer, Rainer (2015), *Sprachkritik. Eine Einführung* (Paderborn: Fink).

Hofmann, Hasso (1998), *Repräsentation. Studien zur Wort und Begriffsgeschichte von der Antike bis ins 19. Jahrhundert* (3. Aufl.; Berlin: Duncker & Humblot).

Horster, Detlef (Hrsg.), (2008), *Die Krise der politischen Repräsentation. Hannah-Arendt-Lectures und Hannah-Arendt-Tage 2007* (Weilerswist: Velbrück).

Husserl, Edmund (1985), *Erfahrung und Urteil. Untersuchungen zur Genealogie der Logik* (6. Aufl.; Hamburg: Meiner).

I Invektivität „Invektivität. Konstellationen und Dynamiken der Herabsetzung“. <https://tu-dresden.de/gsw/sfb1285>, aufgerufen am 10.02.2019.

J Jacob, Katharina; Vogel, Friedemann (2014), „Sprachkritik im Internet. Aushandlungsprozesse und Spracheinstellungen auf den Diskussionsseiten der deutschsprachigen Wikipedia“, in: *Aptum. Zeitschrift für Sprachkritik und Sprachkultur*, 10/1 (2014), 1–32.

Jaeger, Friedrich & Rösen, Jörn (Hrsg.) (2004), *Handbuch der Kulturwissenschaften, Bd. 3: Themen und Tendenzen* (Stuttgart/Weimar: Metzler).

Jaeger, Friedrich & Straub, Jürgen (Hrsg.) (2004), *Handbuch der Kulturwissenschaften, Band 2: Paradigmen und Disziplinen* (Stuttgart/Weimar: Metzler).

Jaeger, Friedrich & Liebsch, Burkhard (Hrsg.) (2004), *Handbuch der Kulturwissenschaften, Bd. 1: Grundlagen und Schlüsselbegriffe* (Stuttgart/Weimar: Metzler).

Janich, Nina (2013), „Sprachreflexion als Mittel der Aufklärung und Sprachkultivierung. Von der Sprachkritik zur Sprecherkritik“, in: *Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes*, 60 (2013), 356–73.

Jörke, Dirk & Selk, Veith (2017), *Theorien des Populismus* (Hamburg: Junius).

Jörke, Dirk & Nachtwey, Oliver (Hrsg.) (2017), *Das Volk gegen die (liberale) Demokratie* (Baden-Baden: Nomos).

Jung, Matthias; Wengeler, Martin & Böke, Karin (Hrsg.) (1997), *Die Sprache des Migationsdiskurses. Das Reden über „Ausländer“ in Medien, Politik und Alltag* (Opladen: Westdeutscher Verlag).

K Kaltwasser, Cristóbal Rovira, et al. (Hrsg.) (2017), *The Oxford Handbook of Populism* (Oxford: Oxford University Presse).

Kern, Christian (2016), „'Kein Limit nach unten' Interview mit Christian Kern vom 20.10.2016, geführt von Giovanni di Lorenzo“, in: *Die Zeit (Österreich)*, 44 (2016) 20.10.2016, 12.

Kettner, Matthias (2004), „Werte und Normen – Praktische Geltungsansprüche von Kulturen“, in: Friedrich Jaeger; Burkhard Liebsch (Hrsg.), *Handbuch der Kulturwissenschaften, Bd. 1: Grundlagen und Schlüsselbegriffe* (Stuttgart/Weimar: Metzler).

Kilian, Jörg; Niehr, Thomas & Schiewe, Jürgen (2016), *Sprachkritik. Ansätze und Methoden der kritischen Sprachbetrachtung* (2. Aufl.; Berlin/Boston: Walter de Gruyter).

Klemperer, Victor (1975), *LTI. Notizbuch eines Philologen* (3. Aufl.; Leipzig: Reclam).

Knobloch, Clemens; Vogel, Friedemann (2015), „Demokratie – zwischen Kampfbegriff und Nebelkerze. Was können Sprach-, Medien- und Kulturwissenschaften zur Demokratisierung von Gesellschaft beitragen?“, in: *Linguistik Online*, 73, 4/15 (2015), 3–25.

Kohler, Berthold (2018), „Das Sagbare und das Unsägliche“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 160 (2018) 13.07.2018, 1.

KoMePol „Kommunikation, Medien und Politik“. <https://www.uni-koblenz-landau.de/de/komepol>, aufgerufen am 10.02.2019.

Konersmann, Ralf (2010a), *Kulturphilosophie* (2. Aufl.; Hamburg: Junius).

- (2010b), „Kulturwissenschaft und Kulturphilosophie. Zur Prägnanz des Kulturbegriffs“, in: Andrea Allerkamp; Gérard Raulet (Hrsg.), *Kulturwissenschaften in Europa – eine grenzüberschreitende Disziplin?* (Münster: Westfälisches Dampfboot), 28–38.
- (Hrsg.), (2001), *Kulturkritik. Reflexionen in der veränderten Welt* (Leipzig: Reclam).
- (Hrsg.), (2012), *Handbuch Kulturphilosophie* (Stuttgart/Weimar: Metzler).

Kroeber, Alfred Louis; Kluckhohn, Clyde (1952), *Culture. A Critical Review of Concepts and Definitions* (Cambridge (Mass.)).

KulturNorm „Kulturelle Orientierung und normative Bindung“. <https://www.uni-koblenz-landau.de/de/orientierung#bib>.

- L Lammert, Norbert (2010), „Rede anlässlich der Verleihung des Dolf-Sternberger-Preises für öffentliche Rede am 4. Dezember 2010 in Heidelberg“. <https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/reden/2010/12/249642>, aufgerufen am 09.02.2019.
- (2011a), „Rede an der Universität in Passau zum Thema: „Parlament und Partizipation in der Mediendemokratie“ am 31. März 2011 in Passau“. <https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/reden/2011/006/249970>, aufgerufen am 09.02.2019.
- (2011b), „Vortrag „Sprache und Politik“ anlässlich des Kolloquiums zur Zukunft der deutschen Wissenschaftssprache in der Akademie für politische Bildung in Tutzing am 10. Januar 2011“. <https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/reden/2011/001/249962>, aufgerufen am 09.02.2019.
- (2017a), „Abschiedsrede als Bundestagspräsident“. <https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/reden/2017/006/525764>, aufgerufen am 09.02.2019.
- (2017b), „„Folgen für das Urteilsvermögen einer Gesellschaft“ Interview mit Norbert Lammert vom 30.08.2017, geführt von Stefan Fries“. https://www.deutschlandfunk.de/debattenkultur-im-netz-folgen-fuer-das-urteilsvermoegen.2907.de.html?dram:article_id=394651, aufgerufen am 09.02.2019.
- (Hrsg.), (2006), *Verfassung, Patriotismus, Leitkultur. Was unsere Gesellschaft zusammenhält* (Hamburg: Hoffmann und Campe).

Linden, Markus & Thaa, Winfried (Hrsg.) (2011), *Krise und Reform politischer Repräsentation* (Baden-Baden: Nomos).

Luhmann, Niklas (1974), „Öffentliche Meinung“, in: Wolfgang R. Langenbucher (Hrsg.), *Zur Theorie der politischen Kommunikation* (München: R. Piper & Co), 27–54.

- M** MacIntyre, Alasdair (2002), *Der Verlust der Tugend. Zur moralischen Krise der Gegenwart* (3 Aufl.; Frankfurt/M.: Suhrkamp).
- Manow, Philip (2018), *Die Politische Ökonomie des Populismus* (Frankfurt/M.: Suhrkamp).
- Merkel, Wolfgang (Hrsg.), (2015), *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie* (Wiesbaden: Springer VS).
- Merz-Benz, Peter-Ulrich (2015), *Öffentliche Meinung und soziologische Theorie. Mit Ferdinand Tönnies weiter gedacht* (Wiesbaden: Springer VS).
- Michelsen, Danny; Walter, Franz (2013), *Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation* (Berlin: Suhrkamp).
- Moffitt, Benjamin (2016), *The Global Rise of Populism. Performance, Political Style, and Representation* (Stanford: Stanford University Press).
- Mudde, Cas; Rovira Klatwasser, Cristóbal (2013), „Exclusionary vs. Inclusionary Populism. Comparing Contemporary Europe and Latin America“, in: *Government and Opposition*, 48 (2013), 147–74.
- Müller, Jan-Werner (2016a), *Was ist Populismus? Ein Essay* (Berlin: Suhrkamp).
- › (2016b), „Populismus. Symptom einer Krise der politischen Repräsentation?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 66/40–42 (2016), 24–29.
- N** Neidhart, Friedhelm (Hrsg.), (1994), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegung* (Sonderheft 34 der Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie) (Opladen: Westdeutscher Verlag).
- Niehr, Thomas (2014), *Einführung in die Politolinguistik. Gegenstände und Methoden* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht).
- Niehr, Thomas; Kilian, Jörg & Wengeler, Martin (Hrsg.) (2017), *Handbuch Sprache und Politik. 3 Bände* (Bremen: Hempel).
- NOHATE „Bewältigung von Krisen öffentlicher Kommunikation im Themenfeld Flüchtlinge, Migration, Ausländer“. <https://www.polsoz.fu-berlin.de/kommwiss/v/bmbf-nohate/index.html>.
- Nullmeier, Frank (2004), „Methodenfragen einer kulturwissenschaftlichen Politologie“, in: Friedrich Jaeger; Jürgen Straub (Hrsg.), *Handbuch der Kulturwissenschaften, Band 2: Paradigmen und Disziplinen* (Stuttgart/Weimar: Metzler), 486–501.
- O** Orth, Ernst Wolfgang (2000), *Was ist und was heißt „Kultur“? Dimensionen der Kultur und der Medialität der menschlichen Orientierung* (Würzburg: Königshausen & Neumann).

- P** Plessner, Helmuth (1981), *Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus (Gesammelte Schriften V)* (Frankfurt/M.: Suhrkamp).
- Pörksen, Bernhard (2018), *Die große Gereiztheit. Wege aus der kollegiven Erregung* (München: Carl Hanser).
- Priester, Karin (2007), *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen* (Frankfurt/M. 2007: Campus).
- (2012), *Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon* (Frankfurt/M.: Campus).
 - (2014), *Mystik und Politik. Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und die radikale Demokratie* (Würzburg: Königshausen & Neumann).
- Ptasek, Peter, et al. (1992), *Macht und Meinung. Die rhetorische Konstitution der Welt* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht).
- R** RadigZ „Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention“. <https://radigz.de/>, aufgerufen am 10.02.2019.
- Recki, Birgit (2004), *Kultur als Praxis. Eine Einführung in Ernst Cassirers Philosophie der symbolischen Formen*. (Berlin: Akademie Verlag).
- Reckwitz, Andreas (2000), *Die Transformation der Kulturtheorien. Zur Entwicklung eines Theorieprogramms* (Weilerswist: Velbrück Wissenschaft).
- Reinemann, Carsten (2017), „Populismus, Kommunikation, Medien. Ein Überblick über die Forschung zu populistischer politischer Kommunikation“, in: *Deutsche Zeitschrift für Politik*, 64 (2017), 167–90.
- Roth, Claudia (2018), „Reden im Bundestag: Claudia Roth beklagt rauhen Umgang“. <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/reden-im-bundestag-claudia-roth-beklagt-rauhen-umgang,QwuVB18>, aufgerufen am 07.02.2019.
- S** Sachs-Hombach, Klaus & Zywiets, Bernd (Hrsg.) (2018), *Fake News, Hashtags & Social Bots. Neue Medien populistischer Propaganda* (Wiesbaden: Springer VS).
- Sarcinelli, Ulrich (2011), *Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System* (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften).
- (2018), „Zur Legitimität des Staates in postfaktischen Zeiten. Digitaler Strukturwandel von Öffentlichkeit und demokratischer Legitimation.“, in: Utz Schliesky (Hrsg.), *Funktionsverluste von Staatlichkeit* (Tübingen: Mohr Siebeck), 105–22.
- Schellhöh, Jennifer e. a. (Hrsg.), (2018), *Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, War on Terror* (Bielefeld: Transcript).

Schiewe, Jürgen (2004), *Öffentlichkeit. Entstehung und Wandel in Deutschland* (Paderborn/München/Wien/Zürich: Ferdinand Schöningh).

- (Hrsg.), (2016), *Angemessenheit. Einsichten in Sprachgebräuche (Valerio 18/2016)* (Göttingen: Wallstein).

Schweiger, Wolfgang (2017), *Der (des)informierte Bürger im Netz. Wie soziale Medien die Meinungsbildung verändern* (Wiesbaden: Springer VS).

Seidel, Eugen; Seidel-Slotty, Ingeborg (1961), *Sprachwandel im Dritten Reich. Eine kritische Untersuchung faschistischer Einflüsse* (Halle: VEB Verlag Sprache und Literatur).

Steinmeier, Frank-Walter (2017), „Rede an der Ludwig-Maximilians-Universität am 26. April 2017“. <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2017/04/170426-Antritt-Bayern-Uni.html>, aufgerufen am 05.02.2019.

- (2018a), „Rede zur Eröffnung der Veransaltung „Deutschland spricht“ vom 23. September 2018“. <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2018/09/180923-Deutschland-spricht.html?nn=9042446>, aufgerufen am 05.02.2019.
- (2018b), „ZDF Sommerinterview vom 08.07.2018“. <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/steinmeier-kritisiert-spalterische-sprache-100.html>, aufgerufen am 05.02.2019.
- (2018c), „Schauen Sie sich die Beschimpfungen an? „Ja, leider!“ Interview mit Frank-Walter Steinmeier vom 07.06. 2018, geführt von Tina Hildebrandt und Giovanni die Lorenzo“, in: *Die Zeit*, 24 (2018), 07.06. 2018, 4.

Sternberger, Dolf; Storz, Gerhard; Süskind, Wilhelm E. (1962), *Aus dem Wörterbuch des Unmenschen* (München: DTV).

Stötzel, Georg & Wengeler, Martin (Hrsg.) (1995), *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland* (Berlin/New York: Walter de Gruyter).

- T Taylor, Charles (2002), *Quellen des Selbst. Die Entstehung der neuzeitlichen Identität* (Frankfurt/M.: Suhrkamp).

Thiel, Thomas (2019), „Das Palaver der Patienten“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 49 (2019) 27.02.2019, 9.

Tönnies, Ferdinand (1922), *Kritik der öffentlichen Meinung* (Berlin: Julius Springer).

- (1923), „Macht und Wert der öffentlichen Meinung“, in: *Die Dioskuren. Jahrbuch für Geisteswissenschaften*, 2 (1923), 72–99.

Tormey, Simon (2015), *Vom Ende der repräsentativen Politik* (Hamburg: Hamburger Edition).

V Voßkuhle, Andreas (2018), „Demokratie und Populismus“, in: *Der Saat*, 57 (2018), 119–34.

W Weichert, Stephan (2014), „Demokratie als Shitstorm? Implikationen zur politischen Debattenkultur durch Social Media“, in: *Communicatio Socialis*, 47/2 (2014), 203–13.

Weiß, Johannes (1998), *Handeln und handeln lassen. Über Stellvertretung* (Wiesbaden: Springer Fachmedien).

Weizenbaum-Institut „Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft – Das Deutsche Internet-Institut“. www.weizenbaum-institut.de, aufgerufen am 10.02.2019.

Wiesenhütter, Jürgen (2016), „Wie Politiker gesehen werden (wollen)“. http://www.zpid.de/pub/info/zpid_news_Politiker.pdf, aufgerufen am 02.02.2019.

Wimmer, Jeffrey & Hartmann, Maren (Hrsg.) (2014), *Medienkommunikation in Bewegung. Mobilisierung – Mobile Medien – Kommunikative Mobilität* (Wiesbaden: Springer VS).

Wolf, Norbert Richard (2018), „Was und wie spricht ein Populist?“, in: *Aptum. Zeitschrift für Sprachkritik und Sprachkultur. (Themenheft: Wahlkampfssprache 2017)*, 14 (2018), 79–96.

In seiner Überblicksstudie „Wandel der Sprach- und Debattenkultur, Verbindlichkeit – Artikulation – Meinung“ zeigt Prof. Dr. Christian Bermes, dass die zunehmende Fragmentierung unserer Gesellschaft und der wachsende Einfluss der Digitalisierung zu einer Veränderung der Debattenkultur geführt haben. Die Studie strukturiert das komplexe Themenfeld, indem sie die Erkenntnisse zum Wandel der Sprach- und Debattenkultur mit Blick auf die Aspekte Sprache und Verbindlichkeit, Kultur und Artikulation sowie Orientierung und Meinung analysiert.

Ein entscheidender Befund der Studie ist, dass Meinungsbildung wieder neu gelernt werden muss: In der Demokratie entsteht eine Meinung nicht durch Verkürzen und Weglassen oder durch eine riskante Rhetorik – wie es oft in den sozialen Medien vorkommt, sondern gerade dadurch, Umwege zuzulassen und neu zu gestalten.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird die Diagnosen der vorliegenden Arbeit in den öffentlichen Diskurs führen und wissenschaftlich weiterbearbeiten.